

Ein neues politisches Modell

Ein „progressiver Republikanismus“ als Antwort auf die Krisen und die politischen Blockaden unserer Zeit und als Anregung für neue Grundsätze der SPD.

Ein neues politisches Modell (1):

Einleitung

Warum und wozu dieser lange Text?¹ Weil ich die Debatte über ein neues Leitbild progressiver Politik mit anregen möchte. Weil mehr produktiver (!) Streit zwischen den demokratischen Kräften und Parteien über die grundlegenden Fragen in unserem Land nötig ist. Und weil mich die Kleingeistigkeit politischer Debatten unserer Zeit irritiert. Wie zum Beispiel nach Wahlen: Man mag über die Taktik von Parteien bzw. über die richtigen „Themen“ und „Zielgruppen“ in Wahlkämpfen diskutieren. Dies ist aber Ausdruck einer Deformation der Qualität politischer Debatten in Deutschland, nicht nur der Parteien selbst, sondern auch inzwischen der Qualitätsmedien. Es geht gar nicht mehr um die Frage, wer die besten Antworten auf die Fragen unserer Zeit hat, sondern darum, wer verloren und „versagt“ hat. Bei der jüngsten Landtagswahl in Baden-Württemberg gewann die CDU immerhin 5,6 Prozentpunkte hinzu. Dennoch wurde dies von taz („Klatsche“) bis Welt („Watsche“) als persönliche Niederlage für den Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler der CDU gewertet. Die SPD traf es noch härter: „Die SPD braucht niemand mehr“ schrieb das Handelsblatt. Ich glaube, sie wird gebraucht. Aber nur, wenn sie ausbricht aus dem Meinungsgetöse der „Berliner Blase“ und sich wieder fragt, was ein modernes genuin sozialdemokratisches Projekt sein kann. Dies ist zuallererst Aufgabe der Bundes-SPD.

Ich habe mich entschlossen, einen zunächst für einen kleineren Kreis von Personen gedachten Text in nun überarbeiteter Form in einer Reihe von Beiträgen auf meiner Website zu veröffentlichen. Ich habe diese so aufbereitet, dass all diejenigen, die sich weniger für die Sozialdemokratie interessieren, auch allgemeine Abschnitte lesen können, auch wenn der Bezug zur SPD dort aufscheint. Hier verweise ich auf die Teile vier, fünf, sechs und acht.

Biografie- und erfahrungsbedingt richte den Fokus vor allem auf die Sozialdemokratie, ihre Krise und ihre laufende Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm. **Der Text ist aber auch ein Debattenbeitrag, der sich in Teilen an progressive Kräfte über die SPD hinaus richtet.** Und vielleicht ist er auch für die eine oder den anderen aufgeklärten „Konservativen“ interessant, denn aktuell geht es meines Erachtens vor allem darum, wieder einen demokratischen „Konflikt-Konsens“ im Lande zu schaffen, der die extreme Rechte in die Schranken weist und ein neues nachhaltiges und soziales Wohlstandmodell begründet.

¹ Etwaige Korrekturen oder Ergänzungen dieses Textes behalte ich mir vor.

Worum geht es? Der Weg zu einem neuen „gemeinsam“ geteilten Fortschritt in unserem Land ist blockiert. Die deutsche Politik und dies gilt auch für weite Teile der bürokratischen Verwaltungen und wirtschaftlichen Eliten sind gefangen in überholten Denkmodellen, Gewohnheiten und Erzählungen. Während die konkurrierenden Wirtschaftsmächte die alten Paradigmen und Gewissheiten zu Staub machen, wird hierzulande „business as usual“ betrieben und in der öffentlichen Debatte zuweilen der Eindruck erweckt, das Wohl und Wehe hänge an der Härte der Sanktionen für Empfänger von Grundsicherung. In unserer Hauptstadt Berlin wird verbissen über „Straßenpoller“ oder genderneutrale Kneipentoiletten verhandelt, anstatt diese Stadt zu einem anregenden und alle gesellschaftlichen Gruppen begeisternden Ort einer modernen Stadtgesellschaft zu machen.

Wollen wir ernsthaft (nicht für die betroffenen Personengruppen, aber gemessen an der Dimension der Lage) über „Nebensachen“ verhandeln? In diesem Text plädiere ich für ein neues Leitbild, das ich zugegeben, nicht ganz „fankurvengängig“ als **progressiven Republikanismus** bezeichne.

Der manchen vielleicht zu „akademische“ Duktus ist leider nicht ganz zu vermeiden, wenn man aktuelle Krisenerscheinungen etwas „grundsätzlicher“ einzuordnen versucht. Der Vorwurf liegt nahe, dass so ein „Soziologendeutsch“ die Leute nicht erreicht. Dem ist zu erwidern: Mit dem Vermeiden eines grundsätzlichen Nachdenkens und einer Politik, die sich in Klein-Klein und immergleichen Phrasen von „Zusammenhalt“ erschöpft, aber auch nicht.

Dieser Text spiegelt auch meine Erfahrung in verschiedenen Rollen und Aufgaben vor und vor allem hinter den Kulissen des politischen Geschäfts wider und versucht aktuelle Impulse aus den intellektuellen Beiträgen aufzunehmen. Und er versucht, daraus Konsequenzen abzuleiten. Ich bin mir bewusst, dass es **streitbare und noch unfertige Gedanken** sind. Sollte es Kommentare geben, freue ich mich, aber werde ich nicht auf alle antworten können und wollen.

Schon bei der Bundestagswahl 2025 hat die SPD ein negatives Rekordergebnis erzielt. Aktuell sprang sie bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg nur noch knapp über die Fünf-Prozent-Hürde. Es zieht sich ein Gürtel über die südlichen Teile des Ostens und nun auch des Westens in der Republik, in der die SPD bei Wahlen nur noch einstellig ist und sie für sich dort den Charakter einer Volkspartei nicht mehr ernsthaft in Anspruch nehmen kann. Im Bund und in vielen Regionen ist hingegen die rechtsextreme AfD aktuell stärker als die Sozialdemokratie und schickt sich an, eine neue Volkspartei zu werden.

Wie so oft nach Wahlniederlagen sucht die SPD nach sich selbst. Zugleich verlagert sich die Aufarbeitung – zumal im Falle einer Regierungsbeteiligung – weg aus dem politischen Zentrum und in die Randzonen der Partei, in die SPD-nahen Magazine² oder externe Medien. „Was macht die SPD falsch?“ fragte unlängst die ZEIT in einem Gespräch zwischen dem früheren Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt und dem britischen Politikwissenschaftler und Vordenker der sozialkonservativen „Blue Labour“-Strömung Maurice Glasman, ohne jedoch, dass diese auf einen gemeinsamen Nenner kamen.³

Oft sind es die **immergleichen Schablonen**: Wahlweise müsse die SPD wieder „pragmatischer“ oder „linker“ werden. Was auch immer das konkret bedeuten soll. Die Beschwörungsformeln,

² Zu nennen sind u.a. die Zeitschriften „spw“, „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ und „Perspektiven ds“

³ „Was macht die SPD falsch?“, in: Die ZEIT, 3/2026

wie (jetzt aber in echt!) wieder „Partei der hart arbeitenden Mitte“ zu sein oder „die Menschen mitnehmen“ zu wollen, haben sich abgenutzt. Beliebt ist bei regionalen Wahlen auch der vermisste „Rückenwind aus Berlin“. Dabei zeigen die sehr unterschiedlichen Ergebnisse bei den jüngsten Kommunalwahlen im Ruhrgebiet, dass es auch auf die eigene Praxis und das Personal „vor Ort“ ankommt.

Die Gründe für diesen Bedeutungsverlust sind vielfältig. Es wäre falsch und auch etwas „billig“, die „Schuld“ bei den führenden Personen der jüngeren Zeit zu suchen. Zugleich wäre es aber auch falsch zu sagen: So ist nun einmal der auch internationale Trend für Mitte-Links-Parteien, da kann man nix machen.

Die SPD braucht eine neue Orientierung. Doch bislang ist diese nicht zu erkennen. So war die mediale Resonanz auf den öffentlichen Auftakt der Debatte über ein neues Grundsatzprogramm Anfang Februar eher „durchwachsen“. Nun sollte die SPD wenig darauf geben, dass manche Kommentator*innen sich so etwas wie eine „etwas sozialere und liberalere CDU“ wünschen. Die veröffentlichte Meinung ist eben nicht die öffentliche Meinung. Und dennoch frage ich mich: Was ist die ökonomische und gesellschaftliche Analyse der SPD? Was ist ihre Idee über das Klein-Klein hinaus? Welche Antworten findet sie auf die Krisen und Sorgen unserer Zeit? Wie kann sie auch wieder die „normalen Leute“, die sich von ihr abgewendet haben, zurückgewinnen?

In Teil 2 formuliere ich die wesentlichen Grundgedanken, in Teil 3 gehe ich konkreter auf die Krise der Sozialdemokratie ein. In Teil 4 führe ich näher aus, was ich mit „Regulationskrise“ und „Übergangszeit“ meine. Teil 5 reflektiert die Probleme des auch politischen bzw. „methodischen“ Liberalismus. In Teil 6 wird das „Hegemonieproblem“ progressiver Politik thematisiert. Teil 7 widmet sich wieder stärker der SPD, ihrer Organisation und dem Prozess für ein neues Grundsatzprogramm. Abschließend schlage ich in Teil 8 einige unfertige (!) Gedanken für ein neues Paradigma vor.

Ein neues politisches Modell (2):

Die Krise der Sozialdemokratie als Symptom für die Krisen unserer Zeit

Kernthese: *Wir sollten die Krise der Sozialdemokratie als Ausdruck einer umfassenden Regulationskrise moderner Ökonomien und Gesellschaften verstehen.*

Seit Jahren mehren sich (auch international) die Stimmen der Sozialdemokratie grundsätzlich wohl gesonnenen Beobachter*innen, die ein tieferes Problem sehen.

Willkürlich aus der vielfältigen Literatur herausgegriffene Diagnosen beschreiben ihre Politik als „Fertigprodukt“⁴ bzw. ihre Praxis als „utilitaristischen Paternalismus“⁵ oder als „funktionale Regierungspartei“⁶. Sie habe kein Projekt mehr, das zum einen eine grundsätzliche Antwort auf die Probleme unserer Zeit sei und zum anderen in der Lage wäre, eine neue gesellschaftliche Allianz für so ein Projekt zu schmieden.

⁴ Thomas Piketty, Michael Sandel: Die Kämpfe der Zukunft. Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert, München 2025, S. 44

⁵ Paul Collier: Sozialer Kapitalismus. Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft, München 2019, S. 287

⁶ Gerd Mielke, Fedor Ruhose: Auf dünnem Eis. Die SPD in Krisenzeiten, Frankfurt/New York 2025

Die SPD läuft Gefahr, sich von der einstmals bewährten Rolle einer sozialen Integrationspartei zu einer technokratischen Staatspartei zu entwickeln. *Technokratisch*, weil Teil-Antworten auf Teil-Probleme formuliert werden, ohne das „Ganze“ zu sehen und auch ihre Sprache technokratisch ist. *Staatspartei*, weil der innerparteiliche Fokus in erster Linie auf der Regierungsverantwortung (oder ihrem Erlangen in Wahlkämpfen) liegt, die SPD aber als zivilgesellschaftliche und politische Debatten prägende Organisation nur noch eine geringe Rolle spielt. Zu Recht kritisiert die Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach eine Haltung des „*Deliverism*“ und das damit verbundene „*problematische Menschenbild*“. Die Politik glaube, sie müsse nur „*liefern*“ und verstärkt so (ungewollt) die inneren Widersprüche unserer Gesellschaft.⁷

Denn zu glauben, die SPD müsse nur „aus Fehlern lernen“, so der Titel einer vom SPD-Parteivorstand im Jahr 2018 in Auftrag gegebenen Analyse⁸, würde zu kurz greifen, weil es nicht nur um den Parteienwettbewerb geht, sondern um viel mehr. **Man kann die Lage einer traditionsreichen Partei wie der SPD nicht losgelöst von Gegenwart und der möglichen Zukunft des deutschen Wirtschafts- und Politikmodells betrachten.** Zeitdiagnosen wie „Polykrise“ deuten an, dass wir es mit vielen exogenen Schocks und einer komplexen (Welt-)Lage zu tun haben, in der sich viele Probleme zugleich überlagern und sich negativ verstärken. Auch im Inneren erleben wir eine **Regulationskrise**, die sich darin äußert, dass die Passung aus nationalem Wirtschaftsmodell, Politik und Gesellschaft nicht mehr stimmt und somit viele Problemlösungen „blockiert“ sind.⁹ **Korrespondierend mit dieser Regulationskrise „spätmoderner“ Gesellschaften befinden sich sozialdemokratische Parteien in einer Identitäts- und Organisationskrise.** Doch nicht sie allein. Von einer neuen Blüte des Liberalismus oder des demokratischen Konservatismus kann ebenso wenig gesprochen werden. Ebenso sind die Hoffnungen des progressiven Lagers auf eine „sozial-ökologische Transformation“ einer Ernüchterung gewichen¹⁰, auch weil der Übergang vom „Heute“ ins „Morgen“ mit vielen Dilemmata umgehen muss und dieser harte (politische Steuerungsfähigkeit, Finanzen) und weiche (Vertrauen, Zuversicht) Ressourcen voraussetzt, die derzeit nur eingeschränkt vorhanden sind.¹¹

Die Lage der SPD ist insofern auch ein **Spiegelbild des politischen Mainstreams und der Reformdebatten in Deutschland.** Dieser Mainstream umfasst nicht nur die Mitte-Parteien, sondern auch die Institutionen der „guten alten Zeit“, wie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften oder den öffentlichen „Rundfunk“. Natürlich wird demokratisch gestritten und Regierungen gehen viele Probleme durchaus ernsthaft an. Zugleich gibt es den **Eindruck eines hyperventilierenden Stillstands.** Es gibt seit Jahrzehnten inzwischen in Endlosschleife die immergleichen Debatten über Rentenfinanzierung, Grundsicherung, etc., die Teilprobleme adressieren, aber am eigentlichen Kern des Problems vorbeigehen.

⁷ Julia Reuschenbach: „Lieferten“ als politisches Konzept?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/2026, S. 6

⁸ SPD-Parteivorstand: Aus Fehlern lernen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2017, Berlin 2018

⁹ Frank Trentmann: Die blockierte Republik. Deutschland zwischen Vergangenheit und Zukunft, Frankfurt a.M. 2025

¹⁰ Dazu u.a. Jens Beckert: Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin 2024

¹¹ Benjamin Mikfeld, Max Neufeind, Friedemann Schreiter: Große Ziele, kleine Schritte? Anspruch und Wirklichkeit demokratischer Transformationspolitik, in: Bundeskanzleramt (Hrsg.): Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt, Berlin 2024

Dieser „Kern des Problems“ und der – zugegeben zunächst sehr abstrakte - Grundgedanke ist, dass wir uns in einer wirtschaftlichen und auch „ideologischen“ Übergangsphase befinden, aus der es bislang keinen bzw. zumindest keinen „progressiven“ Ausweg gibt. Im historischen Rückblick kann man Phasen definieren, in denen es einen gewissen gesellschaftlichen Konsens über die jeweilige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gab, die man als „Paradigma“ bezeichnen kann. **Doch sowohl das Paradigma der „goldenen“ wohlfahrtstaatlichen Nachkriegsjahrzehnte als auch das Paradigma des Wirtschaftsliberalismus haben sich erschöpft. Und ein neues ist noch nicht in Sicht.** Die Suche nach einem neuen Paradigma findet in „intellektuellen“ Kreisen zwar statt, doch dies sind derzeit „Einzelteile“ und fragmentierte Diskurse. Derzeit gelingt es keiner demokratischen Kraft, diese inhaltlich und strategisch zu einem neuen mehrheitsfähigen Paradigma zusammenzufügen. Und für die Denk- und Mobilisierungsprozesse im „progressiven Lager“ ist die SPD auch nicht mehr die zentrale parteipolitische Bezugsgröße.

Die politische Lücke füllt die extreme Rechte mit einem nationalistisch-autoritären Projekt, das in einigen Staaten bereits hegemonial wurde. Darauf nur „moralisierend“ mit Populismus-Vorwürfen bzw. juristisch mit Parteiverboten zu antworten greift zu kurz. Denn offenbar bedient die extreme Rechte aktuell ein Unbehagen am „System“ und emotionale Bedürfnisse, die von der demokratischen Mitte vernachlässigt werden.

Insofern reicht es nicht aus, denjenigen Stimmen zu folgen, die vorschlagen, die SPD müsse bloß wieder emotionaler kommunizieren oder sie brauche ein „neues Narrativ“, wie überhaupt der inflationäre Narrativbegriff reif für ein „Unwort des Jahres“ wäre. Die SPD hat *auch* ein Kommunikationsproblem. Aber das ist wieder nicht der Kern des Problems. Emotionalisieren kann man nur, wenn es Klarheit darüber gibt: Für was, für wen, mit wem und gegen was. Ein Narrativ ohne ein Deutungsmuster der Wirklichkeit und ohne eine die erwähnten Blockaden auflösendes und unverwechselbares politisches Projekt ist hohle PR.

Und doch liegt in dieser Gemengelage für die Sozialdemokratie auch eine Chance. Sowohl der wirtschaftliche als auch zum Teil der politische Liberalismus ist an die Grenzen seiner Problemlösungsfähigkeit geraten. **Die Sozialdemokratie könnte ihre Rolle als historischer „Mit- und zugleich Gegenspieler“ des Liberalismus aktualisieren, wenn es ihr gelingt, sich als nicht illiberale, aber „post-liberale“ Partei des öffentlichen Interesses, der ökonomischen Prosperität, des demokratischen Gemeinwohls und eines modernen Republikanismus neu zu erfinden.**

Will die SPD den schleichenden Niedergang aufhalten, braucht sie eine Doppelstrategie: Sie muss einerseits unter den jeweiligen Bedingungen (mit-)regieren und zugleich andererseits eine programmatische, strategische und organisationspolitische Erneuerung realisieren und den „alten Tanker“ flott machen für das 21. Jahrhundert. Sie braucht eine eigene Deutung der komplexen Weltlage und eine schlüssige Antwort auf diese. Und ja, auch wieder einen gewissen utopischen Überschuss. **Diese Doppelstrategie muss die politische Kunst leisten, unter realen (Koalitions-)Bedingungen das Mögliche umzusetzen und zugleich jenseits des Regierens den hegemonialen Spielraum für ein progressives Projekt wieder zu erweitern.** Trotz einer gewissen persönlichen Skepsis gegenüber eher „traditionellen“ Instrumenten wie einem Grundsatzprogramm könnte dieser geplante Prozess für ein neues Programm eine politische Plattform für eine solche Doppelstrategie sein. Vorausgesetzt, es ist kein selbstbezüglicher Prozess.

Ein neues politisches Modell (3):

Vertiefende Anmerkungen zur aktuellen Lage der Sozialdemokratie und drei Optionen

Kernthese: Die Rolle der SPD als „soziale Integrationspartei“ schwindet, nicht zuletzt als Partei der working class und als Projektionsfläche für „Zukunft“ in der jungen Generation. Weder das technokratische „Mitregieren“ noch das demoskopisch und kurzfristig getriebene Denken in Einzelthemen und „Zielgruppen“ werden das Problem lösen.

Die nachfolgend formulierten Kritikpunkte sind notwendigerweise zugespitzt. Da der schleichende Niedergang der Sozialdemokratie nicht nur ein Problem der gegenwärtigen SPD ist, liegt es mir fern, in die Moralisierung der politischen Debatte einzustimmen und Kritik an früher oder aktuell führenden Personen zu formulieren.

- **Der seit langem anhaltende Bedeutungsverlust der Sozialdemokratie ist zum einen nicht konjunkturell, sondern strukturell.** Die Trendentwicklung der Wahlergebnisse verläuft seit über zwei Jahrzehnten abwärts. **Er ist zum anderen nicht nur ein Problem der SPD oder gar Ursache des „Versagens“ ihrer jeweiligen Parteieliten, sondern ein internationales Phänomen der Mitte-Links-Parteien.** Die Sozialdemokratie kann durchaus noch hier oder da Wahlen gewinnen, aber ein sozialdemokratisches „Projekt“ wie in den 1970ern oder den späten 1990ern (auch wenn der damalige sozialliberale „Dritte Weg“ bzw. die „Politik der neuen Mitte“ intern und extern deutlich umstrittener war und die Krise der Sozialdemokratie letztlich verschärft hat) ist nicht erkennbar.
- Die **Analysen über die (internationale) Krise der Sozialdemokratie** sind allseits bekannt und müssen daher hier nicht umfänglich dargestellt werden.¹² **Exogene Gründe** liegen u.a. im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandel, der Erosion eines sozialdemokratischen „Vorfeldes“, der Zunahme parteipolitischer Wettbewerber und dem (digitalen) „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“.¹³ Hinzu kommt die aus meiner Sicht etwas voreilige Einschätzung, dass so etwas wie ein sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatliches Projekt in der heutigen Zeit nicht mehr möglich sei. Als **endogene Gründe** werden genannt: Die Entkopplung sozialdemokratischer Berufspolitiker*innen von den Lebenswirklichkeiten, der Mitgliederrückgang und die Kluft zwischen Regierungs-SPD, dem Funktionär*innen-Mittelbau und der eigenen Basis.
- **Im Bund regiert die SPD seit über 27 Jahren fast unterbrochen mit und ist somit auch keine Projektionsfläche mehr für den klugen sozialen Kompromiss, sondern für das vermeintliche Versagen „der Politik“ und für viele bislang ungelöste und neue Probleme.** Die zu lösenden Probleme sind größer als die politische Problemlösungsfähigkeit von sich blockierenden (Koalitions-)Regierungen. Die „Ampel-Koalition“ war in Bezug auf ihren „Output“ durchaus besser als ihr Ruf¹⁴, aber auch Ausdruck eines Dilemmas: Zum einen

¹² U.a. dazu Silja Häusermann, Herbert Kitschelt (Hrsg.): Beyond Social Democracy. The Transformation of the Left in Knowledge Societies, Cambridge 2024 sowie Frank Bandau: Was erklärt die Krise der Sozialdemokratie. Ein Literaturüberblick, in: Politische Vierteljahresschrift 60 (2019), S. 587-609

¹³ Jürgen Habermas: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und deliberative Politik, Berlin 2022

¹⁴ Bertelsmann-Stiftung: Erfolgreich gescheitert. Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der Ampel 2021-2025, „Einwurf“ 03/2025

neue Krisen und „geerbte“ ungelöste Probleme. Zum anderen innere ideologische Widersprüche und ein Mangel an eingeübter Kompromisskultur in „antagonistischen“ (also lagerübergreifenden) Koalitionen.

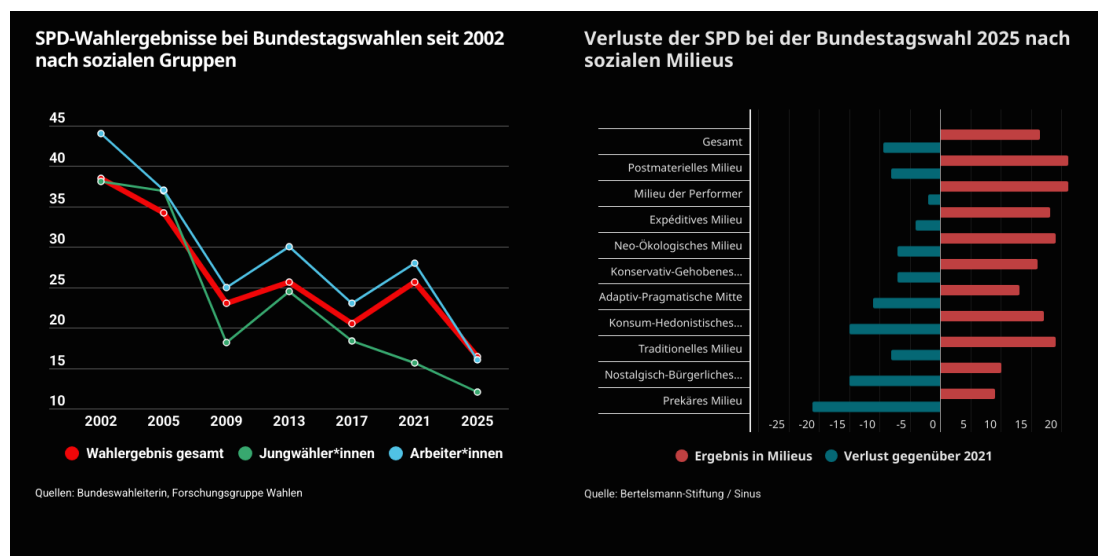
- **Die über Jahrzehnte gelernte Praxis der SPD ist die Rolle als eine soziale Integrationspartei und der inkrementellen Reformen. Dies ist Stärke und Schwäche zugleich.** Denn sie hat zwei Voraussetzungen. Zum einen setzt sie ein einigermaßen stabiles ökonomisches und gesellschaftliches Paradigma voraus, innerhalb dessen die SPD im Urteil der Bürger*innen dafür sorgt, dass eine regulativ eingebettete Soziale Marktwirtschaft gut funktioniert. Die SPD ist angewiesen auf sie stützende politische und „moralische“ Ressourcen in der Gesellschaft. Zum anderen kann dies nur in einem Parteiensystem funktionieren, in dem die SPD eine zumindest potenziell führende Kraft links der Mitte ist. Wo dies nicht mehr der Fall ist und die SPD nur noch mit einstelligen Prozentergebnissen bei Wahlen abschneidet – wie u.a. in Teilen Ost- und Süddeutschlands – bleibt ihr bestenfalls die Rolle als kleines mitregierendes Korrektiv.
- **Eine ebenfalls unzureichende Antwort auf diese Lage ist der Appell, die SPD müsse ihren „Markenkern“ wieder sichtbarer machen.** Doch was ist dieser Markenkern? Sofern man sich schon dieser Marketinganalogie bedienen mag: Starke Produktmarken stehen auch für emotionale Bedürfnisse, sei es Innovation, soziale Distinktion, Kontrolle, Sicherheit oder das „Rebellische“. Schon im Bundestagswahlkampf 2009 haben wir, als ich dort tätig war, in der SPD-Parteizentrale eine Untersuchung beauftragt, die sich einer recht aufwendigen Methode der kommerziellen Markenpositionierung bedient hat.¹⁵ Es ging darum, die Positionierung der SPD und ihrer Wettbewerber in einem Raum von emotionalen „Bedürfnissen“ zu erfassen. Das Fazit der Untersuchung lautete: „Das Image der SPD ist nicht sehr stark profiliert.“ Von einem Markenkern im emotionalen Sinn konnte also schon vor 17 Jahren keine Rede mehr sein.¹⁶ Die SPD galt schon damals als - so meine Deutung - „solide, aber etwas langweilig und ein bisschen von gestern“.
- **Grundsätzlich gibt es (noch) ein „sozialdemokratisches Potenzial“, das zumindest deutlich größer ist als 15 Prozent.** Einige soziologische Analysen über die Pluralisierung sozialer Milieus und gegenwärtige sozial-ökonomische und kulturelle „Cleavages“ legen nahe, dass sich die Rolle der SPD als soziale Integrations- und Volkspartei erschöpft habe. Jedoch zeigten sämtliche Milieuanalysen zumindest auf Bundesebene bis in die 2010er Jahre, dass die SPD *trotz* dieses gesellschaftlichen Wandels mehr als andere Parteien Stimmen aus vielen Milieus gewinnen konnte. Die SPD hat sich vor allem an der moderaten und solidarischen Mitte im Land orientiert. Doch auch diese ist nicht mehr das stabile und vermittelnde Zentrum. Sie ist in ideologischer Bewegung¹⁷ und zunehmend „politisch heimatlos“.

¹⁵ Zur Methode: Thomas Hoch, Rita-Müller Hilmer: Den rationalen Wähler gibt es nicht: Welche Rolle Emotionen und Bedürfnisse spielen und wie kann die Politikforschung sie erfassen, in: Denkwerk Demokratie (Hg.): Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen, Frankfurt / New York 2014, S. 87 – 103

¹⁶ In einer deutlich aktuelleren, methodisch aber „klassischeren“ Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung schneidet die SPD etwas profilierter ab. KAS: Gute Gefühle, schlechte Gefühle. Repräsentative Umfrage zu Parteiimages und von Parteien ausgelösten Gefühlen, Berlin 2024

¹⁷ <https://www.deutschlandfunk.de/der-populismus-ist-in-der-mitte-der-bevoelkerung-angekommen-106.html>

- **Inzwischen erodiert die Rolle der SPD als soziale Integrationspartei auch auf Bundesebene in bedrohlicher Weise.** Gegenüber 2021 hat die SPD bei der Bundestagswahl 2025 am stärksten bei Arbeiter*innen (minus 14 Prozentpunkte) und in niedrigen Bildungsgruppen (minus 13) verloren. Besorgniserregend ist zudem der demografische Faktor. Entsprach noch 2002 das Wahlergebnis bei Jungwähler*innen und der Gruppe über 60 Jahren ziemlich genau dem gesamten Wähler*innenanteil, geht die Schere deutlich auseinander. Die SPD wird immer abhängiger von Wähler*innen im oberen Alterssegment. **Gerade junge Wähler*innen suchen nach einer neuen Antwort, die sie in der SPD offenkundig nicht mehr finden.** Die AfD und die Partei Die Linke (ohne diese in einen Topf zu werfen) haben bei jungen Wähler*innen bei der Bundestagswahl 2025 zusammen fast 50 Prozent erreicht, die SPD nur noch gut 11 Prozent. Die jungen Männer wählen eher rechts, die jungen Frauen wählen eher links.



- Massiv verloren hat die SPD 2025 in den sozialen Milieus der unteren Mitte, weniger hingegen in den „postmateriellen“ und sozial stärkeren Milieus.¹⁸ **Einfach formuliert: Die SPD verliert mit der „Arbeiter*innenklasse“ die Gegenwart und mit der jungen Generation die Zukunft.**
- **Eine Partei mit 30 Prozent oder mehr kann politisch auf „Maß und Mitte“ setzen, zumindest wäre das eine strategisch nachvollziehbare Haltung. Wenn aber diese Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, reicht es nicht mehr, auf Zustimmung durch oft kleinteiligen reformerischen „Output“ zu setzen.** Ebenso kann die Strategie nicht mehr darin bestehen, einem **schlichten demoskopischen Marktmodell von Angebot und Nachfrage** zu folgen. Dieses Modell betrachtet einerseits die „Nachfrageseite“ und geht von festen Präferenzen bestimmter Wähler*innengruppen aus. Es betrachtet andererseits die „Angebotsseite“, also die Rolle der SPD im Wettbewerb, auch mit neueren Parteien. Und versucht dann die „Marktlücke“ für sozialdemokratische Politik zu identifizieren. Diese Sichtweise blendet aber aus, dass Wähler*innen auch wiederum auf die politische Angebotsseite reagieren. **Einstellungen und Präferenzen sind nicht „einfach da“, sondern**

¹⁸ Bertelsmann-Stiftung: Selbstbeschädigung der Mitte. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 in den sozialen Milieus, Gütersloh 2025

sie bilden sich im weiten Feld des „Politischen“ heraus. Dazu gehören Konflikte, politische Lösungen und Institutionen, Diskurse etc.

- **Ernsthafte Ansätze der Selbstreflexion gibt es ja, nur folgt aus den Analysen zu wenig.** Und sie verbleiben zu sehr auf der Ebene der Parteipraxis und lassen die Frage nach dem politischen Projekt weitgehend unbeantwortet. Bereits nach der verlorenen Bundestagswahl 2017 beauftragte der SPD-Parteivorstand die bereits erwähnte externe Arbeitsgruppe aus Expert*innen mit einer Untersuchung („Aus Fehlern lernen“). Noch dramatischer ist eine von der Berliner SPD in Auftrag gegebene Analyse der letzten Abgeordnetenhauswahl 2021, einschließlich der Wiederholungswahl 2023. Sie zeichnet das Bild einer selbstbezogenen und zerstrittenen Partei, die keine gemeinsame Identität mehr hat und im gesellschaftlichen Umfeld kaum noch verankert ist.¹⁹ Die wahlkampfbezogenen Kritiken lasse ich hier außer Acht.
- Neben dem bereits Erwähnten ist meine Schlussfolgerung, dass die SPD sich zunehmend in einem **Teufelskreis der Selbstbezüglichkeit** befindet. Je mehr die SPD als „Volkspartei“ an zivilgesellschaftlicher Verankerung, Mitgliederstärke und Mandaten einbüßt, desto mehr verliert sie sich in innerparteilichen Ritualen und der Auseinandersetzung mit Randthemen. Ein gemeinsames Projekt bzw. eine Erzählung von der Bundesministerin über den Ministerpräsidenten bis zu Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften gibt es nicht. Kurzum: Auch wenn die Zuschreibung des Politikwissenschaftlers Peter Lösche, Parteien wie die SPD seien „lose verkoppelte Anarchie“ schon über 30 Jahre alt ist, stimmt sie mehr denn je.²⁰
- **Hinzu kommt: Die SPD hat (wie die Politik insgesamt) ein „Elitenproblem“:** Nicht die programmatische und strategische Anstrengung im Gesamtinteresse zählt, sondern das innerparteiliche Taktieren, die eigene Karriereplanung oder das Pflegen des jeweils fachpolitischen Vorgartens. **Die „Ich-AG“ der Agenda 2010 ist Realität des sozialdemokratischen Funktionärskörpers.**
- Dies zusammenfassend gelingt der die SPD die **nötige Dialektik** nicht mehr, zwischen kluger (Kapitalismus-)Kritik und einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, zwischen dem Bewahren und dem Erneuern, zwischen Konflikt und Konsens, zwischen pragmatischem Regieren und „ideologisch“ zu orientieren. Sie ist – wie viele andere internationale Mitte-Links-Parteien – eher Getriebene. **Die SPD ist nicht Subjekt oder auch nur Projektionsfläche des Zeitgeistes.** Sie findet keine hinreichende Antwort auf den neuen Angriff auf den Sozialstaat oder die Klimapolitik. Auch nicht auf die so genannten „Kulturkämpfe“ von Rechtsaußen. Soll die SPD für eine innovationsfähige Wirtschaft und für Klimaneutralität sein oder eher klassenbewusst oder Partei der Liberalität und kulturellen Diversität? Als aufrechter Sozialdemokrat möchte man sagen: Ja, bitte alles zugleich! **Aber dieses Dilemma lässt sich nicht auflösen, wenn man keine Debatten und Diskurse mehr bestimmt und keine in sich schlüssige und überzeugungskräftige Idee von der Zukunft hat.**

¹⁹ Jana Faus, Thorsten Faas: Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023, Berlin o.J.

²⁰ Peter Lösche: „Lose verkoppelte Anarchie“. Zur aktuellen Situation von Volksparteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/1933, S. 34-45

Vor dem Hintergrund des Dargestellten gibt für die SPD drei *idealtypische* (!) Optionen.

Die **erste Option des „Weiter so“** bestünde darin, sich getreu des Diktums von Franz Müntefering („Opposition ist Mist“) in staatspolitischer Verantwortung als **Scharnierpartei** zu positionieren, die dem Primat des (Mit-)Regierens folgt und in allen denkbaren Koalitionsszenarien (mit Ausnahme der AfD) als pragmatisches Mitte-Links-Korrektiv wirken möchte. Dies wäre die Rolle als technokratische Staatspartei per excellence.

Die **zweite Option** wäre, sich konsequenter am „**Marktmodell**“ zu orientieren. Dies ist auch der Rat mancher Medien und Berater*innen aus Politikwissenschaft und Demoskopie. Also, aus dem Abgleich von Nachfrage und Angebot (auch der Wettbewerber) ein „Marktsegment“ zu besetzen und sich auf bestimmte Gruppen zu konzentrieren und den Weg in Richtung einer „**Zielgruppen- oder Milieupartei**“ zu gehen. Dies gilt auch für „sozialkonservative“ Strategien: Aus der zunächst einmal ernstzunehmenden Analyse, dass sich Teile der working class materiell und kulturell bedroht fühlen, leiten Gruppen wie „blue labour“²¹ ein Schutzversprechen ab: vor der Klimapolitik, vor der Globalisierung, vor Migration, vor allem vermeintlich „woken“. Eine kluge Antwort auf die Zukunft unseres Landes ist das jedoch auch nicht. Abgesehen davon, dass eine solche Strategie nicht „von oben herab“ realisiert werden könnte, wäre es die Aufgabe des Prinzips „Volkspartei“.

Die **dritte Option** – für die ich werbe – ist deutlich anspruchsvoller. Sie besteht darin, einen anderen Blick auf die Dinge vorzunehmen und die strategischen Fragen in Bezug auf die Zukunft SPD nicht von „innen heraus“ zu beantworten, sondern ausgehend von der Notwendigkeit einer Erneuerung der Politik „an sich“. Diese Option ist die erwähnte **Doppelstrategie**. Sofern es sich aus Wahlergebnissen ergibt, muss die SPD „pragmatisch“ (mit-)regieren. Aber zugleich sollte sie die intellektuelle, programmatische, kommunikative und organisationspolitische Energie aufbringen, an einem neuen Paradigma zu arbeiten.

Ein neues politisches Modell (4):

Eine neue ökonomisch-politisch-gesellschaftliche „Ordnung“ ist nötig

Kernthese: *Wir leben in einer Zeit des auch ideologischen Übergangs, die geprägt ist durch eine Regulationskrise, in der die „Passung“ zwischen dem ökonomischen Modell, der politischen Regulation und dem gesellschaftlich-kulturellen Zeitgeist nicht mehr stimmt. Kleinteilige Reformen reichen nicht aus. Wir brauchen ein neues Paradigma.*

Unter Wirtschaftshistoriker*innen und politischen Ökonom*innen herrscht weitgehend Einigkeit darin, dass es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den „westlichen“ Gesellschaften **zwei Paradigmen** gab, also im Prinzip Leitbilder der wirtschaftlichen und politischen Ordnung: Den wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus bis in die späten 1970er Jahre und den oft als „neoliberal“ bezeichneten Kapitalismus der 1980er bis in die 2000er Jahre. Der US-Historiker Gary Gerstle spricht von „politischen Ordnungen“, die er für die USA in zwei Phasen einteilt, die „New Deal Ordnung“ von 1930-1980 und die „neoliberale Ordnung“ von 1970 –

²¹ Siehe das bereits zitierte Gespräch mit Maurice Glasman in der „ZEIT“.

2020.²² Schon die zeitliche Überschneidung verweist auf die Konflikthaftigkeit von Übergängen. Wenn sicher nicht zeitlich kongruent trifft diese Periodisierung auch auf Deutschland zu. Sozialdemokratische Kanzler haben in beiden Paradigmen regiert und diese mitgeprägt. Die Regierung Scholz wiederum erbte die lähmende und bis heute anhaltende Übergangsphase der Merkel-Zeit, und dies in einer Koalition, die sich selbst blockiert hat. **Die „Zeitenwende“ ist nicht nur ein geopolitisches, sondern auch ein polit-ökonomisches und demokratiepolitisches Phänomen.**

Dementsprechend gilt es, sich zunächst einmal zu vergewissern, dass wir uns offenkundig seit länger Zeit schon in einer **ökonomischen, gesellschaftlichen und ideologischen Übergangsphase** (nach Antonio Gramsci auch: Interregnum) befinden, die man auch als **Regulationskrise** bezeichnen kann. Unter Regulation (nicht Regulierung!) ist die Gesamtheit der Politiken, Institutionen, gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse zu verstehen. Es geht dabei um eine „Passung“ des volkswirtschaftlichen Geschäftsmodells mit dem politischen „Betriebssystem“ (über Exekutive und Legislative hinaus) und einem gewissen gesellschaftlichen Grundkonsens über die Fragen der demokratischen Aushandlung, der Kompromissbildung und auch der Verteilung und Verwendung des gemeinsam erwirtschafteten Nationalproduktes.

Anders formuliert: **Wir leben in einer Zeit, in der es zwischen dem ökonomischen System, dem politischen System und der Gesellschaft zu viele Blockaden und negative Verstärker und in der Folge destruktive Fliehkräfte gibt.**

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, diese Regulationskrise umfassend darzustellen.²³ Zumal – und auch das ist ein Problem - wissenschaftliche Analysen stets nur Teilbereiche in den Blick nehmen. Die **krisehaften Erscheinungen** zeigen sich insofern stark vereinfacht u.a. darin:

- Grundsätzlich erleben wir eine **Dysfunktionalität des globalen Kapitalismus**, die symbolhaft mit der Finanzkrise von 2008 ff. und einer Logik der Finanzmärkte folgenden Wirtschaft (Kapital wird zu wenig produktiv investiert und spekulativ eingesetzt), einer wachsenden Vermögens- und Machtkonzentration sowie dem digitalen „Plattformkapitalismus“ (neue Machtmonopole und Tech-Eliten) beschrieben werden kann.
- Die **regelbasierte Welt(handels)ordnung** und Hoffnung auf einen friedlichen „Welthandelskapitalismus“ sind einer neuen Welt-Unordnung gewichen. Handelspolitik dient wieder zunehmend als „Waffe“ im globalen Wettbewerb. Es herrscht eine große Unklarheit, ob das bisherige exportgetriebene („neomerkantilistische“) deutsche Geschäftsmodell²⁴ in der neuen geoökonomischen Lage noch zukunftsfähig ist. Zugleich schwindet im Zuge Aufholens u.a. von China der „Ortsbonus“²⁵, also die Sicherheit vieler Beschäftigter in den bislang führenden Industrienationen, zwar nicht billiger, aber besser zu sein.

²² Gary Gerstle: The Rise and the Fall of the Neoliberal Order. America and the World in the Free Market Era, New York 2022

²³ Man muss auch nicht zwingend die Prämissen der Regulationstheorie teilen, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Zur Regulationstheorie aktuelle Beiträge u.a. in Etienne Schneider, Felix Syrotka: Politische Ökonomie in der „Zeitenwende“. Perspektiven der Regulationstheorie, Münster 2024

²⁴ Jan-Otmar Hesse: Exportweltmeister. Geschichte einer deutschen Obsession, Berlin 2023

²⁵ Branko Milanović: Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Berlin 2016

- **Deutschland hat ein Wachstumsproblem, das jedoch vor allem ein Transformations-, Innovations- und Produktivitätsproblem ist.** Einem nötigen Pfadwechsel hin zu einem nachhaltigen und klimafreundlichen Wohlstandsmodell stehen wirtschaftliche, politische, institutionelle und kulturelle Blockaden entgegen. Bislang gelang es nicht, einen „Transformationskonsens“ in Deutschland zu schaffen. Viele Analysen dazu liegen auf dem Tisch. Ob man es nun vor dem Hintergrund verhaltensökonomischer Analysen und der ideologischen „Narrative“ bewertet²⁶ oder auf der Ebene von Mentalitäten im Sinne eines „sozial-ökologischen Klassenkonflikts“²⁷ oder stärker arbeitssoziologisch mit Blick auf betriebliche Konflikte gerade in industriellen Kernbereichen²⁸: bei allen Analysen bleibt die wesentliche Erkenntnis: Auf der progressiven Seite gab es den Versuch, mit einer „sozial-ökologischen Transformation“ ein neues Leitbild zu entwickeln. Doch dieses war bislang nicht mehrheitsfähig. Es ist nicht gelungen, ein positives Zukunftsversprechen zu formulieren, das der realen oder „gefühlten“ Bedrohung von Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatz, Berufsstolz, Einkommen und Lebensstil entgegenwirkt.
- Obwohl Deutschland ein objektiv wohlhabendes Land ist, gelingt es seit längerer Zeit nicht mehr, das **volkswirtschaftliche Produkt zwischen (produktiver) Wirtschaft, Bürger*innen und Staat (und den innerstaatlichen Ebenen) so zu verteilen**, dass das Versprechen „Wohlstands für alle“ und auch des „öffentlichen Wohlstands“ für die überwiegende Mehrheit als eingelöst gilt. **Nicht nur öffentliche, auch private Investitionen bleiben hinter den Notwendigkeiten zurück.**
- Im koordinierten oder auch „sozialen“ Kapitalismus sind **Institutionen und Arenen der Aushandlung** essenziell. Insbesondere die Tarifpolitik und die Mitbestimmung sind solche Arenen. Doch diese verlieren an Bindewirkung und Relevanz. Die Aufkündigung von Tarifverträgen im VW-Konzern und vor allem die Kampfansage von Elon Musk gegen die IG Metall bei den jüngsten Betriebsratswahlen bei Tesla zeigen, wie sich selbst in einer Kernindustrie die „Sozialpartnerschaft“ auflöst. Die „demobilisierte Klassengesellschaft“, die der Soziologe Klaus Dörre zuletzt in vielen seiner Beiträge völlig zu Recht analysiert, ist ja nur die halbe Wahrheit. Auf der „Kapitalseite“ wird weiter eine erhebliche politische und Diskursmacht ausgeübt, auf Seiten der Beschäftigten schwindet diese aber und damit ein demokratisches Kräftegleichgewicht.
- **Der Staat ist wieder mehr als Krisenmanager gefragt** (u.a. Finanzkrise, Pandemie, Energiekrise, Inflation). Aber diese „Krisenkosten“ binden erhebliche Ressourcen, die eben „krisenmildernd“ wirken, aber dann nicht mehr für eine den Lebensalltag strukturell verbessernde Zukunftsgestaltung zur Verfügung stehen. Die nun nötigen wachsenden Ausgaben für Verteidigung/Sicherheit und staatliche Subventionen für die Transformation

²⁶ Hierzu weil auch sehr verständlich formuliert: Michael Soder: Hitzige Debatten. Wie der Streit ums Klima unsere Gesellschaft spaltet und was wir dagegen tun können, Wien 2025

²⁷ Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber, Matthias Schmelzer:

Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation, Frankfurt a.M. 2024

²⁸ Klaus Dörre, Steffen Liebig, Kim Lucht, Lennart Michaelis, Johanna Sittel: Umkämpfte Transformation. Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel, Frankfurt/New York 2025

verschärfen das Problem noch. So richtig die Aufweichung der Verschuldungsregel auch ist: Ein schuldenfinanzierter „Subventionskapitalismus“ (vom Industriestrompreis über die Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie bis zu Forschungsprämien für Unternehmen) ist auf Dauer nicht zukunftsfähig, wenn er nicht zumindest sichere Arbeitsplätze garantiert und eine neue Prosperität garantiert.²⁹ Zumal auch fraglich ist, ob bzw. welche international unter Kostendruck geratende Exportbranchen dauerhaft am Leben gehalten werden können.³⁰

- Das **soziale Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft**, also „Teilhabe gegen Leistung“ als ganz wesentlicher sozialer Kitt ist brüchig geworden. Dies betrifft auch die „Cost of Living“, die mit Transferleistungen alleine nicht beantwortet werden können.
- Politische Teilprobleme – auch der unzureichenden Infrastrukturen - wie einem defizitären Schulsystem oder der Wohnungsmangel und hohe Mieten sind **negative Verstärker**, weil sie auch ökonomisch dysfunktional sind. Hohe Mieten zum Beispiel reduzieren Kaufkraft und verstärken das lokale Fachkräfteproblem. Ein unzureichendes Schulsystem führt auch zu ökonomischen und gesellschaftlichen Folgekosten.
- Auch wenn die **Kritik an der „überbordenden Bürokratie“** oft vorgeschoben und interessengeleitet ist. Wir haben kein System mehr, das auf eine pragmatische und entscheidungsfreudige Abwägung von „Schutzgütern“ und Einzelinteressen ausgerichtet ist. Und das ist auch ein Ergebnis „linker“ Politik der Verrechtlichung.³¹ Die Summe an Gesetzen und Institutionen für dies und jenes, teils sogar institutionalisierte oder als NGO organisierte Veto-Player, die nicht das Gesamtinteresse im Blick haben, die Trägheit von Verwaltungen und zugleich die NIMBY-Haltung vieler Bürger*innen lähmen den Fortschritt und delegitimieren das politische System als Ganzes. *(So werden bspw. Baumaßnahmen an Berliner U-Bahnhöfen auch im Sinne von Barrierefreiheit durch den Denkmalschutz verzögert und erschwert. Diese Güterabwägung ist absurd! Eine U-Bahn ist zunächst einmal nötige und stets zu modernisierende Infrastruktur und kein Denkmal)*
- Während sich die demokratischen Erwartungshaltungen der Bürger*innen auf den Nationalstaat (und die Ebenen darunter) konzentrieren, sind die **nationalen Gestaltungsmöglichkeiten (u.a. geldpolitisch, finanzpolitisch, handelspolitisch, klimapolitisch) stark eingeschränkt**. Zugleich verlagern Wirtschaft und Bürger*innen immer mehr Erwartungen und Verantwortung auf „die Politik“ während die einstmals bewährten Orte und Institutionen der „vopolitischen“ gesellschaftlichen Aushandlung und Konsensbildung (wie erwähnt auch die „Sozialpartnerschaft“) erodieren.
- Dies wiederum hat **negative Emotionen und neue Konflikte** zur Folge. An die Stelle von Fortschrittshoffnung tritt Zukunftspessimismus. Gesellschaftliche Konflikte um Ressourcen und auch politische Anerkennung nehmen zu. Ein Beispiel ist das „Nullsummendenden“:

²⁹ Dazu auch: Florian Schuster-Johnson, Philippa Sigl-Glückner: Bang for the buck. Wie effizient sind die Subventionen im Bundeshaushalt?, Policy Paper des Dezernat Zukunft, Berlin 2026

³⁰ Maximilian Paleschke: Comeback Deutschland? Industrie-Turnarounds und was wir von ihnen lernen können, Hintergrundpapier des Dezernat Zukunft, Berlin 2026

³¹ Ezra Klein, Derek Thompson: Der neue Wohlstand. Was wir für eine bessere Zukunft tun müssen, Hamburg 2025

Politik für Gruppe A führt zu Verärgerung in Gruppe B, weil man glaubt, der Kuchen würde nicht mehr wachsen und alle müssten um die gleichen Kuchenstücke kämpfen. Hier geht es nicht nur um materielle Ressourcen, sondern auch um den Wettbewerb um Aufmerksamkeit seitens „der Politik“. Dies erklärt zum Teil die aktuellen „identitätspolitischen“ Konflikte.

- Auch wenn die Diagnose einer „Polarisierung“ übertrieben sein mag, digitale Medien fungieren als Verstärker.³² Ebenso nimmt (auch in der journalistischen Medienöffentlichkeit und nicht nur im Pöbelraum der sozialen Medien) die **„Moralisierung“ von Verantwortung** zu. Es muss immer jemand „schuld“ sein. Das „Systemische“ wird nicht mehr gesehen. Über Politik wird im Sinne eines „Wettkampfs“ berichtet. Es geht um Sieger und Besiegte, aber nicht um die „Sache“. Auch in einem stabilen Paradigma mit positiven Verstärkern gibt es selbstverständlich politisch-ideologische Konflikte und Interessengegensätze. Das gehört zur Demokratie. In der aktuellen Regulationskrise verschärfen sich diese aber und nehmen destruktive Züge der immergleichen Schuldzuweisungen an, ohne zu einer Problemlösung beizutragen: gegen „die Parteien“, „die Faulen“, „die Superreichen“, „die Ausländer“, „die Woken“, „die Klimasünder“ usw. Die Sozialforschung diagnostiziert eine Zunahme von destruktiven Energien bzw. „need for chaos“³³ sowie einen „hyperpolitischen“ Politikmodus der situativen, aber wenig konstruktiven Erregung.³⁴
- Die hohe **gesellschaftliche Unzufriedenheit und die allgemeine Vertrauenskrise der Politik** führt schließlich bei Wahlen zu Konstellationen, die kohärentes Regieren häufig noch schwieriger machen. Dies wiederum verstärkt die Problemlösungs-Inkompetenz und Legitimationskrise des politischen Systems. **Ein Teufelskreis der negativen Verstärkung.**

In der Summe ist die Regulationskrise eine Negativspirale aus ungelösten Problemen, zugleich abnehmenden harten und weichen Problemlösungsressourcen (Vertrauen, Finanzen, Gestaltungsmacht) der Politik und einer zunehmenden „moralischen“ Krise unserer Gesellschaft.

Ich bin dennoch überzeugt, dass in diesen Widersprüchen der Regulationskrise das Potenzial für eine Renaissance eines neuen sozialdemokratischen (im programmatischen Sinn) Projektes stecken könnte und dass die SPD aufgrund ihrer historischen Rolle als soziale Integrationspartei (noch!) über das Potenzial verfügt, ein neues Paradigma zu formulieren. Ungeachtet von Umfragen und Wahlergebnissen sind Konservative, Liberale und Grüne sind dazu eher nicht in der Lage, weil sie noch mehr als die Sozialdemokratie ideologisch und „milieubezogen“ blockiert sind. Mit einem **neuen Paradigma** ist zunächst gemeint, dass negative Verstärker reduziert werden und **positive Verstärker** in der konkreten Politik aber auch im öffentlichen „Streit“ wieder die Oberhand gewinnen müssen.

Für SPD bedeutet das, die zentrale Frage ins Zentrum zu rücken, was die Voraussetzungen für ein neues demokratisches Wohlstandsmodell sind. Ein neues Paradigma entsteht nicht allein auf Wissenschaftskonferenzen oder Parteitag. Es gibt derzeit auch keine Blaupause. Vermutlich wäre die wichtigste aktuelle Frage: Was sind vorrangige positive Verstärker und wie kann man diese durchsetzen und mehrheitsfähig machen? Ob dann daraus ein neues

³² Nils C. Kumkar: Polarisierung, Berlin 2025

³³ Carolin Amlinger, Oliver Nachtwey: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus, Berlin 2025

³⁴ Anton Jäger: Hyperpolitik, Berlin 2023

„progressives“ Paradigma entsteht und wie dieses aussieht, ist historisch offen und auch Gegenstand von gesellschaftlichen Konflikten, denen man sich aber stellen und sie eben führen und gewinnen wollen muss.

Ein neues politisches Modell (5):

Kritik des („methodischen“) Liberalismus und Plädoyer für einen progressiven Republikanismus

Kernthese: *Nicht nur der Wirtschaftsliberalismus, auch der politische Liberalismus hat keine hinreichenden Antworten mehr auf die Fragen unserer Zeit. Politik für das „Ich“ oder das „Wir“? Das ist hier die Frage. Auch die SPD muss ihren „methodischen Liberalismus“ hinterfragen und in einer modernen Variante zurück zu ihren Wurzeln, also einem progressiven Republikanismus, der die demokratische Souveränität wieder ins Zentrum rückt.*

Einerseits ist in nahezu jedem Positionspapier der SPD von „Zusammenhalt“ die Rede, andererseits wirbt sie mit „Sozialer Politik für dich“. Wir oder ich? Fällt dieser schon semantische Widerspruch eigentlich niemanden auf? Zusammenhalt von allen mit allen ist in einer pluralen, demokratischen Gesellschaft mit verschiedenen Interessen, Wertvorstellungen und Lebensstilen ohnehin weder möglich noch wünschenswert. Es geht um Gemeinsinn. Dieser entsteht jedoch nicht durch einen paternalistischen sozialen Pflichtdienst, wie ihn auch der Bundespräsident unablässig fordert. Ebenso wenig entsteht er durch eine Politik der Addition von Einzelinteressen. Vertrauen in das Gemeinwesen entsteht, wenn es funktioniert und es „gerecht“ zugeht.

Die SPD will – auch gegen „Rechts“ - die „liberale Demokratie“ verteidigen und sieht sich selbst als eine Partei die liberale Werte wie (Meinungs-)Freiheit, Gewaltenteilung, Diversität, Weltoffenheit verkörpert. Dies ist zunächst einmal auch gut und richtig so.

Die Frage ist aber, ob das Bekenntnis zur liberalen Demokratie „allgemeinpolitisch“ gemeint ist oder demokratiethoretisch. Denn in demokratiethoretischer Hinsicht ist die liberale Demokratie *kein genuin* sozialdemokratischer Ansatz und hier geht es nicht um akademische oder sprachliche Spitzfindigkeiten, sondern darum, dass sich die konkrete Praxis der SPD zu weit von einem republikanischen Demokratieverständnis entfernt hat. **Mehr oder weniger unreflektiert verfolgt die SPD in ihrer Praxis einen „methodischen Liberalismus“, der ungewollte Nebenwirkungen hat.** Zwar vertritt die SPD schon länger keine Politik mehr, die mit (neo-)liberalen Konzepten und Begriffen wie „Eigenverantwortung“ und „Ich-AG“ um sich wirft, wie zu Zeiten eines Wirtschafts- und Arbeitsministers Wolfgang Clement. Doch dies wirkt nach, nicht zwingend im Inhalt, doch in der Haltung und Methode. Auch hier gilt: Die nachfolgende Kritik mag zugespitzt sein und nicht allen Praktiken sozialdemokratischer Politik gerecht werden. Was meine ich mit „methodischem Liberalismus“?

- Die bereits erwähnte **taktische Ausrichtung an einem demoskopischen Marktmodell** der Wählerschaft. Dies entspricht dem liberalem Demokratiekonzept: Wahlen dienen dazu, den bereits „vorpolitisch“ feststehenden Präferenzen der Wähler*innen Ausdruck zu verleihen.

- Eine **Top-down-Politik im** Sinne eines „Wir machen das schon für euch“ und die Erwartung einer **mechanistischen Zustimmung durch „Output“**, also Reformen, die „beim Bürger ankommen“. Sie vernachlässigt aber die „Input-Dimension“, also, ob die Politik auch zuvor im vorpolitischen Raum verhandelt wurde, auf Zustimmung und Verständnis stößt und auch **demokratische „Selbstwirksamkeit“** erfahren wurde.
- Auch wenn die SPD es weit von sich weisen würde, das **Menschenbild des homo oeconomicus** zu vertreten: In gewisser Weise tut sie es doch, in dem sie vor allem die vermuteten materiellen (Einzel-)Interessen adressiert und auf systemisch und kollektiv zu lösende Probleme individualisierte Antworten liefert. Oftmals durch „mehr Geld“ für jede Problemlage. Zugleich geht sie in ihrer Ansprache von rationalen und nur „materiell“ interessierten Bürger*innen aus. Wie oft wurde in Wahlkämpfen damit geworben, dass Familie Müller mit dem Programm der SPD 37,15 Euro im Monat „mehr in der Tasche“ habe?³⁵ Sonderlich erfolgreich war diese Kommunikation nicht.
- Nach liberalem Verständnis ist der Staat werteneutral. Dies ist selbst schon ein ideologischer Trugschluss, denn jede Politik, jede Reform, jede Institution wirkt wieder auf die Wertebildung der Bürger*innen zurück. Es kann keine werteneutrale Politik geben. Ein funktionierender und prosperierender demokratischer Wohlfahrtsstaat mit einem ausgebauten Bereich des „Öffentlichen“ formt in der Tendenz (!) andere Einstellungen als ein liberaler Staat, der Vereinzelung, verteilungsbedingte Ressentiments, Egoismus und mangelnde Empathie hervorbringt. **Interessen und Werte sind – wie eingangs erwähnt – nicht „einfach da“, sondern bilden sich in der Gesellschaft heraus.**

(Nur exemplarisch zu den beiden letztgenannten Punkten: Auf die Massenarbeitslosigkeit der 1990er folgte mit der Agenda 2010 und „Fördern und Fordern“ eine vorrangig individuelle Zuschreibung der Verantwortung für ein volkswirtschaftliches Problem, aber keine, die auch die Wirtschaft mit in Verantwortung nahm. Der Kürzung der kollektiven gesetzlichen Rente wurde mit Anreizen für die individuell zu organisierende Riester-Rente begegnet. Und dies auch eher im Interesse der Finanzindustrie. Klimapolitisch wird die Verantwortung durch die Erhöhung des Preises auf privaten CO₂-Verbrauch individualisiert und die Folgeprobleme sollen wieder mit einer Transferleistung (Klimageld) kompensiert werden. Unterm Strich sind es alles Lösungen der „Eigenverantwortung“ und Individualisierung.)

- Das liberale Demokratiemodell ignoriert **ungleiche Machtverhältnisse**. Sofern formale Aspekte im Wahlrecht eingehalten werden, hat ja jede Bürger*in die gleiche Chance auf Mitwirkung. Dass die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung und die Politik ungleich verteilt sind, liegt auf der Hand.
- Die **Verlagerung von relevanten Entscheidungen auf „undemokratische“ Institutionen**, wie die EU-Kommission, die EZB, Gerichte oder eine abstrakte „Global Governance“ (so berechtigt dies aus einer „technokratischen“ Perspektive auch sein mag) höhlt die souveräne Demokratie aus und ist als Nebenfolge ein Treiber für rechten Populismus.³⁶

³⁵ Das Beispiel ist natürlich fiktiv.

³⁶ Philip Manow: Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde, Berlin 2024

- Der Liberalismus propagiert eine **Ideologie der Meritokratie**, also der Platzanweisung in der gesellschaftlichen Ordnung durch „Leistung“. Die aber von vielen Bürger*innen völlig zurecht als verlogen und realitätsfremd entlarvt wird. Die „Respekt-Botschaft“ von Olaf Scholz im Bundestagswahlkampf 2021 war im Übrigen immer mehr als nur ein Slogan. Sie hat eben dieses meritokratische Narrativ kritisiert, weil im modernen arbeitsteiligen Kapitalismus die Frage der gesellschaftlichen Anerkennung eine zentrale Bedeutung hat.³⁷
- Nach liberalem Denken sind die **Sphären des Privaten und des Öffentlichen** klar getrennt. Was auch wieder absurd ist. Investitionsentscheidungen gelten als privat, da darf nach liberaler Doktrin niemand mitreden, obwohl sie grundlegend für das Gemeinwohl sind. Von der Allgemeinheit steuerfinanzierte Subventionen werden von der Wirtschaft aber gerne mitgenommen. Der Sozialstaat ist hingegen eine öffentliche Sache, da dürfen Wirtschaftsverbände quasi täglich rituell Kürzungen fordern. Eine Diskursstrategie der Sozialdemokratie, diesen Widerspruch kritisch zu thematisieren gibt es aber nicht.
- Liberale und Sozialist*innen einte (bei allen Unterschieden) stets der **Fortschrittsoptimismus**. In einer Zeit, in der aber Zukunftspessimismus eine dominierende Stimmungslage ist, wirken Formeln wie „Lasst uns mal machen, das wird schon alles gut“ kaum noch und lösen eher Gegenreaktionen aus. Was ist die Antwort der Sozialdemokratie auf die vielfältige Erfahrung von „Verlusten“?³⁸

Es gilt also, über die Kritik des wirtschaftlichen Liberalismus hinaus, auch die sozialmoralische und regulative Krise des politischen Liberalismus sehr ernst zu nehmen. Die SPD müsste dazu ihre Praxis des „methodischen“ Liberalismus kritisch reflektieren und sich wichtiger Gedanken der republikanischen Demokratietheorien zurückerinnern, auch wenn „Republikanismus“ rein semantisch in der deutschen Öffentlichkeit wenig anschlussfähig ist und die republikanische Liberalismuskritik progressive und konservative Varianten kennt, die jedoch einen gemeinsamen „kommunitaristischen“, also gemeinschaftsorientierten Kern haben.³⁹ Der in manchen SPD-Programmdokumenten verwendete Begriff der „Sozialen Demokratie“ ist zumindest der progressiven Variante recht nahe. Dies bezieht sich auf drei Aspekte und Stränge dieser Theorien: erstens wieder ein Verständnis dafür zu gewinnen, dass die **zivilgesellschaftliche Dimension und Organisation der demokratischen Auseinandersetzung und Kompromissbildung** wichtiger ist als der Formelkompromiss im „Koalitionsausschuss“. Die, zugegeben, ziemlich emphatische Idee von „Demokratie als Lebensform“⁴⁰ scheint in der sozialdemokratischen Praxis kaum noch eine Rolle zu spielen. Zweitens zu erkennen: **„institutions matter“**. Es geht um ein Politikdesign, das gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert und der übertriebenen Zuweisung von „Eigenverantwortung“ entgegenwirkt.⁴¹ Drittens, dass eine **progressive Idee von „Freiheit“**

³⁷ Olaf Scholz: Plädoyer für eine Gesellschaft des Respekts, FAZ vom 10.3.2021

³⁸ Andreas Reckwitz: Verlust. Ein Grundproblem der Moderne, Berlin 2024

³⁹ Exemplarisch für beide Strömungen: Michael Sandel: Das Unbehagen in der Demokratie. Was ungezügelte Märkte aus unserer Gesellschaft gemacht haben, Frankfurt 2023 sowie Patrick J. Deneen: Warum der Liberalismus gescheitert ist, Salzburg/Wien 2024

⁴⁰ Oskar Negt: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010

⁴¹ Hierzu u.a. viele Beiträge von Michael Sandel

nicht bedeutet, vom Staat möglichst unbehelligt zu sein, sondern eine anspruchsvolle Idee der „Nichtbeherrschung“, die einerseits auf die reziproken Freiheitsansprüche aller Rücksicht nimmt und andererseits auch versteht, dass Machtverhältnisse (nicht zuletzt in der Wirtschaft) genau diese Freiheit einschränken und zum öffentlichen Thema gemacht werden müssen.⁴²

Eine Mitte-Links-Partei, die eben nicht „einfache“ und nur parteitaktische Lösungen anbieten, sondern gesellschaftliche Mehrheiten für komplexe Herausforderungen schmieden will, sollte sich systematisch mit den grundlegenden, für eine „progressive“ Kraft aus meiner Sicht unverzichtbaren Erkenntnissen der Verhaltensökonomie, der Moralphilosophie, der politischen Psychologie, der Kultur- und Wirtschaftssoziologie und auch der republikanischen Demokratietheorie auseinandersetzen. **Im Kern geht es um die wirtschaftlichen, institutionellen und zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen für Solidarität, Vertrauen, Bürger*innentugenden oder auch im Sinne Hegels um „moralische Sittlichkeit“.**⁴³ Also einen **progressiven Republikanismus**. Ausdrücklich geht es *nicht* um einen paternalistischen und „erziehenden“ Staat, auch wenn dies republikanischen Konzepten auch vorgeworfen wird.

Dabei ist der **Gedanke der Reziprozität** zentral.⁴⁴ Dies ist über materielle Verteilungsfragen (so wichtig diese sind!) hinaus eine **zentrale Dimension der Gerechtigkeit**. Bürger*innen sind zu Veränderungen bereit, wenn es „fair“ zugeht. Gerade in Deutschland ist das Prinzip „Teilhabe gegen Leistung“ kulturell tief verankert. Wo Zumutungen verlangt werden, müssen sie auch generationenübergreifend und „klassenpolitisch“ ausgewogen sein. Hier liegt eine erhebliche Ressource für die SPD, sich mit den „normalen Bürger*innen“ gemein zu machen.

Ein neues politisches Modell (6):

Eine neue Meinungsführerschaft erlangen

Kernthese: *Als technokratische Regierungspartei und mit einer selbstbezüglichen Parteiorganisation wird die Sozialdemokratie keine Meinungsführerschaft erlangen. Sie muss wieder zu einer zivilgesellschaftlichen Kraft werden, mit einem intellektuellen, kulturellen und gesellschaftlichen „Vorfeld“. Sie muss sich dem Ringen um „kulturelle Hegemonie“ stellen. Eine denkbare neue Konfliktachse wäre die zwischen „Makers“ und „Takers“.*

„Die Sozialdemokratie war lange Zeit nicht nur einfach eine Partei, sondern auch – und zunächst sogar viel mehr – eine soziale Bewegung.“ So lautet der erste Satz der „Biografie einer Partei“ des Parteienforschers Franz Walter.⁴⁵ In öffentlichen Verlautbarungen aus Funktionärskreisen hört man immer wieder: Die SPD sei eine Bewegung oder müsse es wieder werden. **Aber Bewegung für was? Und vor allem: mit wem?**

⁴² Hierzu u.a. Philip Petit: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt, Berlin 2017

⁴³ Auch wenn ich seine Schlussfolgerungen für sehr „utopisch“ ansehe. Für die Analyse sehr lesenswert: Hannes Kuch: Wirtschaft, Demokratie und liberaler Sozialismus, Schriftenreihe des Instituts für Sozialforschung, Band 1, Frankfurt/New York 2023

⁴⁴ Armin Falk: Warum ist es so schwer, ein guter Mensch zu sein ... und wie wir das ändern können: Antworten eines Verhaltensökonomen, München 2022

⁴⁵ Franz Walter: Die SPD. Biografie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 7

Als Volkspartei des „sozialen Kompromisses“ verfügte die SPD in früheren Zeiten über ein Politikangebot, eine Parteiorganisation, ein ihr nahestehendes „Vorfeld“ sowie eine Wähler*innenbasis, die ihr nicht immer die Meinungsführerschaft gesichert haben, aber immerhin eine stabile Rolle im Parteiengefüge. Eben als soziale Kompromisspartei. Es gab auch Phasen, in denen sie in besonderer Weise den (mehrheitlichen) Zeitgeist überholter Paradigmen verkörpert und mitgeprägt hat. Dies war sicher unter Willy Brandt der Fall, in gewisser Weise auch anfangs unter Gerhard Schröder.

Auch wenn viele konkrete Politikmaßnahmen der SPD durchaus mehrheitsfähig sind, kann eine Partei mit 15 Prozent nicht mehr für sich beanspruchen, über Meinungsführerschaft zu verfügen. Dies ist aber die Voraussetzung für Mehrheitsfähigkeit. Wie erwähnt: Alles Gerede über „Narrative“ macht wenig Sinn, wenn man kein Projekt hat.

Insofern besteht eine wesentliche Herausforderung darin, sich für ein neues progressives Paradigma wieder eine neue Meinungsführerschaft zu erarbeiten. Dies kann man mit Antonio Gramsci „kulturelle Hegemonie“ nennen oder mit Bezug auf den schon zitierten US-Historiker Gary Gerstle „eine neue politische Ordnung“. Darunter versteht er eine „Konstellation von Ideologien, politischen Maßnahmen und politischen Anhängerschaften“⁴⁶, die über einen längeren Zeitraum als Legislaturperioden Bestand hat. Beide Konzepte laufen – hier vereinfacht – darauf hinaus, dass es einen „sozialen Kompromiss“ über ein ökonomisch auch funktionierendes Wohlfahrts- und Teilhabeversprechen gibt, der aber nicht nur „materialistisch“ ist, sondern auch politische und kulturelle Aspekte einschließt. Ist ein progressives Paradigma hegemonial, müssen auch Liberal-Konservative sich an diesem orientieren. Und vice versa.

Ob man den Begriff der „kulturellen Hegemonie“ mag oder nicht. **Die SPD muss völlig neu um politische Mehrheitsfähigkeit ringen. Sowohl der demoskopische Ansatz „Politik nach Marktforschung“ als auch der technokratische Ansatz „Problemlösung führt zu politischer Zustimmung“ funktionieren so nicht mehr.** Vor vielen Jahrzehnten hat Peter Glotz als Bundesgeschäftsführer der SPD und selbst ernannter intellektueller „Grenzgänger“ dafür geworben, das Hegemoniekonzept für einen neuen sozialdemokratischen Fortschrittsoptimismus nutzbar zu machen, also den Kommunisten Antonio Gramsci quasi reformistisch zu zähmen - mit recht mäßiger Resonanz, wie er später in feiner Selbstironie anmerkte.⁴⁷

Doch mit dem internationalen Aufschwung der extremen Rechten wird das Konzept wieder aktuell. Dieser ist schließlich kaum mit ihrem Programm zu erklären. In ihrem intellektuellen und publizistischen Umfeld beschäftigt man sich auch weniger mit konkreter Policy und mehr mit „Metapolitik“, also damit, rechte Deutungsangebote im Alltag zu etablieren und Vorfelder personell zu besetzen.⁴⁸ Es ist eine böse Ironie, dass sich die extreme Rechte der Theorie eines von Faschisten Inhaftierten bedient und „kulturelle Hegemonie“ zu ihrer Praxis macht. Dabei bewirtschaften sie die in der Regulationskrise potenzierten negativen Emotionen wie Zorn und Verlustängste und zweiteilen den Raum des Politischen diskurspolitisch: Hier das „Volk“ im vermeintlich „normalen“ guten alten Deutschland (wobei disruptive neofaschistische Ambitionen nicht immer offen artikuliert werden). Dort ihre Feinde: Die „Altparteien“, alles

⁴⁶ Gary Gerstle, a.a.O, S. 2

⁴⁷ Peter Glotz: Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers, Berlin 2005

⁴⁸ Vgl. aktuell aus der rechten Ecke dazu: Benedikt Kaiser: Der Hegemonie entgegen: Gramsci, Metapolitik und die Neue Rechte, Dresden 2025. Internationale „Blaupausen“ sind u.a.: Alain de Benoist: Kulturrevolution von Rechts, Dresden 2017 sowie Márton Békés: Nationaler Block. Das System der nationalen Zusammenarbeit, Dresden 2023

„Woke“, Migrantische und „Links-grüne“. Demokratische „Volkssouveränität“ und kollektive Handlungsmacht („Take back control“, „MAGA“) sind inzwischen ein Thema der radikalen Rechten, von links oder der demokratischen Mitte ist das Thema kaum bewirtschaftet.

Eine Hegemoniestrategie einer Mitte-Links-Partei kann selbstverständlich nicht auf Polarisierung setzen, zumal es nicht primär um ideologischen oder parteitaktischen Erfolg geht, sondern um eine gute Politik für die Bürger*innen. **Dennoch bleibt Politik ja immer auch ein ideologisch-kultureller Wettbewerb. Diesem muss sich eine „geschrumpfte“ SPD mit weniger Unterstützung durch aktivierbare Vertrauensressourcen völlig neu stellen.**

Dies geht aber nur, wenn sie die **Tendenz zur technokratischen Staatspartei überwindet**, aus ihrem Teufelskreis der Selbstbezüglichkeit ausbricht und wieder Projektionsfläche für positive Zukunftshoffnungen wird. **Sie muss (wieder) verstehen, dass eine Politik ohne Ideologie den Raum des Politischen für andere freiräumt und dass Lebensstile, Traditionen, beruflicher Stolz, Hoffnungen, Ängste, Emotionen, Respektabilität, Identitäten und Zugehörigkeiten oft viel wichtiger für politische Urteile der Bürger*innen sind als zum Beispiel „fünf Euro mehr Kindergeld“.** Aus welchen Quellen und Konflikten speisen sich in der heutigen Zeit negative Emotionen wie Wut, Zorn, Empörung und Angst?⁴⁹ Wie schafft man positive und demokratieförderliche Emotionen wie Vertrauen und Zuversicht?⁵⁰ Die SPD müsste ein Verständnis für den oft widersprüchlichen individuellen „Alltagsverstand“ und zugleich für unterschiedliche Mentalitäten und Moralvorstellungen in der Gesellschaft entwickeln und diese nicht „nebeneinander“ vertreten, sondern versöhnen.

Zumindest ist festzustellen, dass die in der Sache völlig berechtigten, aber letztlich abstrakt verbleibenden Debatten über die ungerechte Verteilung von Vermögen nach einer kurzen Aufmerksamkeitsphase stets verpuffen. Das gilt für die grundlegenden Beiträge von Thomas Piketty⁵¹ und Anthony B. Atkinson⁵² im letzten Jahrzehnt und wohl auch für die jüngsten Texte von Martyna Linartas⁵³ und Gabriel Zucman⁵⁴. Und womöglich auch für die jüngsten Erbschaftssteuer-Vorschläge der SPD. Eine „Robin-Hood“-Linke („Es den Reichen nehmen und den Armen geben“) wird vermutlich niemals hegemonial, weil sie immer wieder an den leider wirkmächtigen Diskursen des liberal-konservativen Lagers zerschellen. So richtig sie in der Sache sind: Sie scheitern daran, dass es nicht gelingt, einen neuen „Klassenkompromiss“ zu schmieden.

Hegemonie ohne Ökonomie ist für eine progressive Volkspartei nicht möglich. Im Kern geht es darum, eine neue politische Konfliktlinie zu konfigurieren, die sich um die Frage bewegen könnte, wer ist „Maker“ und wer ist „Taker“?⁵⁵ Für das rechte Lager sind alle wirtschaftlich Erfolgreichen (bis hin zu Musk und Co.) die „Maker“ und Migrant*innen und

⁴⁹ Exemplarisch: Pierre Rosanvallon: Die Prüfungen des Lebens, Hamburg 2024; Andreas Reckwitz: Verlust. Ein Grundproblem der Moderne, Berlin 2024; Eva Illouz: Explosive Moderne, Berlin 2024; Martha C. Nussbaum: Politische Emotionen, Berlin 2014.

⁵⁰ Johannes Hillje: Mehr Emotionen wagen. Wie wir Angst, Hoffnung und Wut nicht dem Populismus überlassen, München 2025

⁵¹ Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014

⁵² Anthony B. Atkinson: Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart 2016

⁵³ Martyna Linartas: Unverdiente Ungleichheit, Hamburg 2025

⁵⁴ Gabriel Zucman: Reichensteuer. Aber Richtig!, Berlin 2026

⁵⁵ In Analogie zu: Rana Foroohar: Makers and Takers. Der Aufstieg des Finanzwesens und der Absturz der Finanzwirtschaft, Kulmbach 2017

Transferleistungsempfänger*innen die „Taker“. Darauf nur mit Parolen gegen die „Superreichen“ zu antworten, wird nicht funktionieren. Im Kern geht es – in traditioneller Terminologie – um eine **produktivistische Klassenallianz** zwischen denen, die in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft echte Werte schaffen (von der mittelständischen Unternehmerin bis zur Reinigungskraft) und denen, die ein Übermaß an wirtschaftlicher Macht haben und sich einen unangemessenen Teil des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands aneignen und diesen nicht im Interesse einer „Wohlstandsgemeinschaft“ wieder reinvestieren.

Insofern muss eine SPD, die eben nicht mehr auf die Zustimmung-Ressourcen der letzten Jahrzehnte bauen kann, eine ganz neue Interpretation der Wirklichkeit anbieten, die auf ihr Konto einzahlt. Und die nicht heuchelt, dass Politik konfliktfrei ist. Eine „Weltsicht“ zu haben bedeutet insofern auch, sich von anderen Weltsichten abzugrenzen, was im Übrigen alle anderen demokratischen Parteien auch machen. **Die SPD muss auch ein diskursives „Außen“ definieren und Interessengegensätze benennen, ohne sich auf das Terrain eines plumpen linken Populismus zu begeben.** Eine Hegemoniestrategie der Sozialdemokratie muss mit Ambiguitäten umgehen, sie muss dialektisch in dem Sinne sein, dass sie widersprüchliche Impulse und Stimmungen aus der Gesellschaft aufnimmt und produktiv verarbeitet. Sie muss klassen-, milieu- und generationenübergreifende Allianzen bilden. Nichts spricht gegen den vernünftigen Kompromiss, sofern er Ergebnis einer gesellschaftlichen Aushandlung ist. Der Publizist Robert Misik spricht von einem „radikalen Linksliberalismus“, der „liberale Besonnenheit und linke Entschiedenheit unter einen Hut“ bringt.⁵⁶ Über den Begriff kann man streiten (siehe meine Liberalismuskritik), aber der Weg ist richtig.

Nur: Das kann keine Partei aus sich selbst heraus. Um noch einmal Gramsci zu bemühen: Ohne „organische Intellektuelle“, also Personen, die eine bestimmte Weltsicht auch außerhalb der Parteistrukturen entwickeln und vermitteln, wird es nicht gehen. Heute gehört selbstverständlich auch eine Medienstrategie dazu. Gesellschaftliche „Deutungskämpfe“ werden heute maßgeblich auch über soziale Medien ausgetragen.

Ein neues politisches Modell (7):

Neue Grundsätze für die SPD. Aber für was, für wen und wie?

Kernthese: Wenn die SPD nicht nur ein neues Grundsatzprogramm als „inneren Kompromiss“ für sich selbst erstellen will, sondern damit auch politische Orientierung für das Land vermitteln will, muss sie sich auch als Organisation wieder öffnen und erneuern.

Die SPD hat beschlossen, bis 2027 ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Wenn dies eine Erneuerung begründen soll, sollte es nicht nur ein Prozess von Funktionär*innen sein. Nötig ist ein auch intellektueller und gesellschaftlicher Öffnungsprozess. Das Berliner Programm von 1989 wurde wenige Tage nach dem Mauerfall beschlossen. Der sozial-ökologische Kerngedanke des Programms verlor im Zuge der Wiedervereinigung jedoch an Ausstrahlungskraft. Das Hamburger Programm von 2007 war eher ein Instrument der inneren Versöhnung nach dem Konflikt über die Agenda 2010. Auch in diesem Fall verlor der Text mit der nachfolgenden globalen Finanzkrise an analytischer und

⁵⁶ Robert Misik: Die Verteidigung der Vernunft. Plädoyer für einen radikalen Linksliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2026, S. 99-107

programmatischer Relevanz. Nötig wäre nun ein **neues Godesberger Programm**, das nach innen und außen auch eine gesellschaftliche Signalwirkung für die kommenden zwei Jahrzehnte hat.

Zugleich ist zu fragen, ob der Zeitraum von zwei Jahren nicht zu ambitioniert ist und ob Grundsatzprogramme mit dem Anspruch einer Gültigkeitsdauer von mehreren Jahrzehnten in einem volatilen Weltgeschehen noch ein sinnvolles Instrument sind.

Niemand kann heute schon die geopolitische Lage des Jahres 2035 vorhersehen, niemand die Potenz der Künstlichen Intelligenz. Möglicherweise wäre es ein Weg, zunächst einmal nur einen ersten Diskussionsentwurf vorzulegen, so ähnlich, wie es 1986 mit dem „Irrseer Entwurf“ praktiziert wurde. Eine Innovation (zumal im Digitalzeitalter) wäre es auch, ein „lebendes“ Grundsatzprogramm entwickeln, das nicht, einmal beschlossen, in Broschürenform in den Kellern der Parteizentralen lagert und Jahr für Jahr an Relevanz verliert, sondern das, wo eben nötig, auf Parteitage fortgeschrieben wird.

- **Erforderlich ist zunächst ein auch symbolischer „Neustart“.** Die SPD muss das Signal senden, dass sie ausbrechen will aus der Politik (oder eben nur Wahrnehmung) des hyperventilierenden Stillstands und dass sie eine gute Zukunft für alle neu denken will. Dies ist eine **Führungsaufgabe**. Wenn dies nicht „von oben“ vorgelebt wird, wird sich auch nichts verbessern.
- **Es gilt wieder vom „Grundsätzlichen“ ausgehend auf das „Konkrete“ zu denken.** Was sind die grundlegenden Prämissen und was folgt dann daraus an konkreter Politik? Die Ausgangsfrage sollte nicht sein: Was denken wir so als Partei? Sondern: Was wäre ein neues sozialdemokratisches Paradigma für unser Land? **Ein neues Programm sollte nicht einfach den schon bereits vorhandenen fachpolitischen Programmvorrat addieren und dann die übliche Grundwerteschleife („Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“) drumherum binden.** Die SPD muss sich zunächst fragen, was ihre Mission ist und was die Grundprinzipien eines neuen Paradigmas sein müssten. Die bisherige Politikproduktion (wie ich sie zum Beispiel mehrfach bei der Erarbeitung von Wahlprogrammen erlebt habe) gemäß der Interessen von Fachpolitiker*innen, Arbeitsgemeinschaften und politischer Ebenen (Landesfürst*innen, MdEP) führt zu keiner kohärenten Politik, sondern zu der oft zu Recht kritisierten und nicht widerspruchsfreien „Ansammlung von Spiegelstrichen“.
- Die SPD verfügte mal über ein **vitales „Ökosystem“ aus einer ihr nahestehenden Wissenschaft, sozialen Bewegungen und Kultur**. Dies gibt es nicht mehr und es gilt, dieses neu aufzubauen.
- Die SPD müsste sich wieder als **gesamtstaatliche Partei** in dem Sinne verstehen, dass sie auf allen Ebenen (von der EU bis zur Gemeinde) eine kohärente Linie vertritt. Was zum Beispiel ist das bildungspolitische Alleinstellungsmerkmal der SPD?
- **Ein programmatischer und organisationspolitischer Erneuerungsprozess muss zugleich ein innerparteilicher Bildungsprozess sein.** Mitglieder eignen sich keine politische Bildung durch Instagram, Kacheln auf „X“ oder Regierungsinformations-Newsletter an. Darum heißt es ja auch **Bildungsarbeit**. Die alte Idee der Bildungsarbeit muss jenseits von Karrieretechniken wie Rhetorik- oder Medientrainings in moderner Form reaktiviert werden und möglichst jedes interessierte Mitglied erreichen. Ein sehr erfahrener und altgedienter früherer Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses brachte es in einem Aufsatz

jüngst auf den Punkt: „Wozu Rhetoriktraining, wenn man nicht weiß, was man sagen soll“.⁵⁷

- **Für den nötigen inneren Diskurs und die politische Bildung fehlt eine kommunikative Plattform.** Der in der bestehenden Form nun eingestellte ehrwürdige „Vorwärts“ ist dies eher nicht. Die verbliebenen „intellektuelleren“ Zeitschriftenprojekte im Umfeld der SPD sind zum Teil die Verlängerung von Juso-Traditions- und Konfliktlinien des letzten Jahrhunderts.⁵⁸ So bedeutsam diese für den Austausch kluger Gedanken und den Erhalt von Netzwerken auch sind, sie sind alle keine hinreichenden Orte der – auch parteiübergreifenden – Verständigung eines vitalen Ökosystems aus einem „intellektuellen“ Milieu, konkreter Praxis und politischen Entscheidungsträger*innen bzw. deren engerem Umfeld. **Die SPD braucht eine neue und zeitgemäße Plattform des produktiven intellektuellen und strategischen „Streits“.**
- **Der organisationspolitische Beschluss des Parteitags 2023 in Richtung „Organizing“, also der Unterstützung von lokaler Selbstorganisation ist der richtige Weg.** Dies sollte nur nicht auf Wahlkampf-Haustürbesuchen mit Flugblattübergabe reduziert werden. Es geht hier auch um eine „republikanische“ Praxis der Organisation und Interessenvertretung. Warum hat die SPD ihre Mitglieder nicht in einer großen Kampagne aufgerufen, bei den nun anstehenden Betriebsratswahlen dort welche zu gründen, wo es keine gibt? Warum aktualisieren die „Genossinnen und Genossen“ nicht den Genossenschaftsgedanken zum Beispiel im Bereich der lokalen Versorgung im ländlichen Raum? Oder muss man vielleicht über ganz neue Institutionen und Organisationsformen jenseits von Markt und Staat nachdenken?

Ein neues politisches Modell (8):

Einige Überlegungen für ein neues potenziell hegemoniefähiges progressives „Regulationsmodell“

Kernthese: Ein neues Paradigma ist nicht schon „erfunden“ und es müsste „nur“ noch umgesetzt werden. Es muss erarbeitet werden. Aber das geht nur, wenn man nicht auf fachpolitisches „Klein-Klein“ setzt, sondern die grundlegenden Fragen zunächst diskursiv und erst dann politisch angeht. Im Sinne eines progressiven Republikanismus spielen dabei gesellschaftlich vermittelnde und demokratische Machtbalance herstellende Institutionen eine wesentliche Rolle.

Es wäre vermessen, an dieser Stelle auch nur den Anspruch zu erheben, ein neues Paradigma oder gar einen diesem entsprechenden politischen Instrumentenkasten zu entwickeln. Dennoch sollten die bislang formulierten Kritiken und Anregungen nicht im luftleeren Raum verbleiben. Daher abschließend einige **Fragmente als kleiner (und sicher auch strittiger) Beitrag, der Policy, demokratiepolitische Haltung und Meinungsführerschaft gleichermaßen in den Blick zu nehmen versucht.** An dieser Stelle sei auch auf die Arbeit an einem „politischen

⁵⁷ Roland Klapproth: Ist da noch Hoffnung? Zur Lage der SPD, in: perspektiven ds 1/25, S. 25

⁵⁸ Siehe auch die Einleitung. Aus der Vielzahl sind im Wesentlichen verblieben: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte und perspektiven ds.

Orientierungsrahmen“ im Kontext der Zeitschrift „spw“ verwiesen, der in die gleiche Richtung zielt.⁵⁹

Grundsätzlich geht es nicht nur um einzelne Instrumente oder die richtigen „Themen“, sondern auch darum, zunächst die **Probleme „zweiter Ordnung“**, in den Blick zu nehmen. Gemeint sind damit die grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen und Prinzipien, die entweder als negative oder positive Verstärker fungieren. Diese betreffen nicht nur die konkreten Probleme und den Mangel an sich, sondern die „Praktiken und Institutionen, das heißt, die sozialen Ressourcen, die es möglich (oder eben unmöglich) machen, auf diesen zu reagieren“.⁶⁰ Was konkret bedeutet (um es abermals zu betonen): Nicht Einzelmaßnahmen für bestimmte Gruppen oder Reformen für Teilprobleme sind der zentrale Hebel, sondern gesellschaftlich vermittelnde und für eine demokratische Machtbalance sorgende Institutionen.

Insofern müsste es darum gehen, die scheinbar getrennten Sphären zwischen „Privat“ und „Öffentlich“ wieder im Sinne eines progressiven Republikanismus neu in Beziehung zu setzen. Keine Marktwirtschaft, nirgendwo auf der Welt, funktioniert ohne einen regelnden Staat. Doch was ist die „reale Utopie“ der Sozialdemokratie, die den Kapitalismus nicht nur in der Krise reparieren will, sondern diesen auch wieder im Sinne Karl Polanyis gesellschaftlich „einbettet“?⁶¹ Wenn dies aber die Prämisse ist, sollte die „demokratische Souveränität“ über die Grundlagen unseres Wohlstands kein „verschämtes“ Thema sein, sondern im Zentrum stehen.

Somit gilt es, das „**öffentliche Interesse**“ wieder als wesentliche Rahmung eines neuen sozialdemokratischen Projekts zu verstehen. **Dabei sollte dabei der Grundsatz gelten: „Öffentliches Geld – öffentliches Interesse“.** Es fehlt zudem grundsätzlich an **institutioneller Phantasie, gemeinwohlorientierte Strukturen jenseits von Markt und Staat** als wesentliche Vermittler und „positive Verstärker“ zu denken und zu realisieren.

Demokratie ohne demokratisch erfahrbare Souveränität ist eine schwache und gefährdete Demokratie. In der aktuellen Weltlage kann Deutschland in vielen Fragen allein wenig ausrichten. Insofern ist eine handlungsfähige EU auch für ein neues Paradigma zentral. Zugleich besteht das **demokratiethoretische Dilemma** aber darin, dass für große Teile der Bürger*innen der Nationalstaat (und die Ebenen darunter) der wesentliche demokratische Bezugspunkt und Raum der öffentlichen Meinungsbildung sind. Eine breite europäische Öffentlichkeit und Bürger*innengesellschaft gibt es nicht.⁶² Mit Slogans wie „Europa ist die Antwort“ (SPD zur Europawahl 2018) erzeugt man wenig Resonanz und Zustimmung über kosmopolitische Milieus hinaus. Das Dilemma lässt sich wohl nur so auflösen, indem in der politischen Programmatik und Kommunikation deutlicher wird, wo „europäische Souveränität“ der richtige Weg und wo eben „nationale Souveränität“. Was in einigen Fällen auch bedeuten kann, Zuständigkeiten wieder auf den Nationalstaat zurückzuverlagern.

Ein neues Paradigma muss im Kern ein ökonomisches Paradigma sein. Es kann keine ernstzunehmende linke Strategie oder die Arbeit an einem neuen Paradigma geben, ohne die Frage, wie der gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand verteilt und verwendet wird, neu zu beantworten. In progressiven Ökonom*innenkreisen gibt es ein Nachdenken über ein neues

⁵⁹ <https://www.spw.de/work-in-progress-version-03-03-2026/>

⁶⁰ Rahel Jaeggi: Fortschritt und Regression, Berlin 2024, S. 148f.

⁶¹ Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien 1977

⁶² Dirk Jörke: Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation, Berlin 2019

Paradigma⁶³, aber (nicht nur) in der SPD fehlt der Ort, an dem dies produktiv und in machbare Politik übersetzt und zusammengedacht wird. Im SPD-Diskurs ging es zuletzt in erster Linie um die Überwindung der Schuldenbegrenzung. So richtig dies grundsätzlich ist, auf Dauer können Krisenkeynesianismus und Subventionskapitalismus jedoch keine Lösung sein. Eine Antwort auf die ungerechte Vermögensverteilung sind sie auch nicht. **Im Sinne eines republikanischen „ökonomischen Patriotismus“ wäre der Widerspruch zwischen hohen Vermögen und Kapitalexpert einerseits und zu geringen öffentlichen und privaten Nettoinvestitionen im eigenen Land zu beantworten.** Welche verteilungspolitischen Instrumente auch immer favorisiert werden - vorausgehen muss ein politischer Diskurs, dass das gemeinsam erwirtschaftete Nationalprodukt so verwendet wird, dass unsere Volkswirtschaft ein höheres Wohlstandsniveau erreicht. **Wichtige Zukunftssektoren – und positive Verstärker - wie Bildung, Pflege und weitere öffentliche Infrastrukturen sollten nicht die „Restgröße“ sein, wenn noch „Geld über“ ist“ sondern die Priorität.** So verstehe ich den klugen Vorschlag von Philippa Sigl-Glöckner nach einer neuen ökonomischen Messgröße im Sinne einer „Wirtschaftsnutzleistung“, auch wenn der Begriff noch etwas sperrig ist.⁶⁴ **Denn es geht es auch um die Frage, in welchen Export- und Binnensektoren Deutschland seine Zukunft sieht.** Der Ausbau der Binnensektoren – und damit der volkswirtschaftlichen Binnennachfrage und guten Jobs auch im Dienstleistungssektor – spielt aktuell kaum eine Rolle in den ökonomischen Debatten. **Eine strategische Wirtschaftspolitik müsste einen Zukunftsplan haben, der im Übrigen nicht „planwirtschaftlich“ ist:** a) In welchen Exportsektoren kann Deutschland in Zukunft erfolgreich sein, b) wie lassen sich bestehende Industrien klimaneutral „transformieren“, c) in welchen aktuell „unterfinanzierten“ Sektoren lässt sich zukunftsfähige Beschäftigung aufbauen. Daraus und nur daraus lässt sich eine gute Wirtschaftspolitik ableiten.

Ein neues Paradigma muss eine „produktivistische Klassenallianz“ als stabile Basis haben. Dazu gehört auch „die Wirtschaft“ nicht als homogenen Block zu sehen, sondern Interessen zu unterscheiden bzw. zwischen „Kapitalfraktionen“ zu differenzieren. Etwas konkreter: Sofern der Staat unternehmerische Risiken oder auch Transformationskosten (durch steuerfinanzierte Subventionen) bestimmter Branchen abnimmt, warum wird er dann nicht am Erfolg beteiligt? Durch Aktienbeteiligung oder andere Modelle? Zumindest sollten Subventionen konditioniert sein, also gebunden an das öffentliche Interesse. Zudem: Auch wenn es im deutschen Sprachgebrauch dafür keinen guten Begriff gibt: Warum besteuern wir wirtschaftliche Renten (englisch „rent-seeking“, damit sind nicht Alterseinkünfte gemeint!), also im Kern Gewinne, die nicht aus produktiver wirtschaftlicher Tätigkeit resultieren nicht höher als echte neue Wertschöpfung des Mittelstands? Also (siehe oben): Wer sind „Maker“ und wer sind „Taker“?

Die SPD braucht wieder eine sozialdemokratische Idee der „Produktivkraftentwicklung“. Fortschritt basiert eben auch auf neuen Technologien. Die SPD muss die Frage der „Produktivkräfte“ wieder zu einer positiven Sache machen. Ob diese aber im Interesse des Gemeinwohls eingesetzt werden, ist auch eine Frage von demokratischen, die reine Marktlogik einbettenden „Gegenkräften“.⁶⁵ Ob zum Beispiel Künstliche Intelligenz zur Entwertung von Arbeit und neuen Monopolgewinnen führt oder zu einer Entlastung von stupider Arbeit und einer gerechten Verteilung von etwaigen Produktivitätsgewinnen ist eine offene Frage. Und eine

⁶³ Forum New Economy: Mapping the State of a Shifting Paradigm, Berlin 2023

⁶⁴ Philippa Sigl-Glöckner: Gutes Geld. Wege zu einer nachhaltigen und gerechteren Gesellschaft, Köln 2024

⁶⁵ Daron Acemoglu, Simon Johnson: Macht und Fortschritt. Unser 1000-jähriges Ringen um Technologie und Wohlstand, Frankfurt a.M. 2023

der gesellschaftlichen Organisation und Aushandlung. Auch die klimaneutrale Transformation kann nur als republikanisches Projekt einer gemeinsamen Anstrengung mit positiver Begeisterung für neue Wertschöpfung gedacht werden.⁶⁶ **Es war und ist eine strategische Sackgasse (auch der politischen Linken!), die Klimafrage als abstrakte ökologische „Menschheitsfrage“ zu framen, so richtig und berechtigt dies in der Sache auch ist.** Schon das – unreflektiert - parteipolitisch aufgeladene Framing als „grüne“ Ökonomie taugt wenig dazu, Bürger*innen, die dieser Partei eher nicht nahestehen politisch zu gewinnen. Eine „linke“ Klimapolitik sollte die „unteren Klassen“ nicht belehren und belasten, sondern muss die Verantwortung zunächst in der Sphäre der Produktion und nicht der des Konsums sehen und zugleich den „Stolz“ der Produzierenden politisch verarbeiten. Dass das moderne Elektroauto und die Wärmepumpe für viele als „woker Öko-Kram“ gelten und nicht als potenzielle „High-Tech-Produkte der nächsten Generation Made in Germany“ ist Ausdruck eines auch diskurs- und industriepolitischen Versagens nicht nur der Politik, sondern auch der Wirtschaft.

Die thematische Verbindung aus „Produktivkräften“ und „öffentlichen Gütern“ ist gerade im Bereich der Digitalwirtschaft evident. Wie können wir digitale Technologien im Sinne des Gemeinwohls nutzen und der Macht des „Plattformkapitalismus“ mit seinen wettbewerbsfeindlichen Netzwerkeffekten begegnen? Der Gedankenwelt des Liberalismus folgend wird politisch bedauert, dass es kein europäisches Google, Amazon oder Open AI gibt. Aber gerade die Produktivkraft von Suchmaschinen und der generativen KI basiert ja auf „Content“, der von Bürger*innen zuvor produziert wurde. Im Sinne des „general intellect“ aus Marx’ oft als „Maschinenfragment“ zitierter Passage, ist die Frage aufzuwerfen, wie damit umzugehen ist, dass das „allgemeine gesellschaftliche Wissen“ zur Produktivkraft wird.⁶⁷ Also: Wem eigentlich dieses „Weltwissen“ gehören und wer dies algorithmisch kontrollieren und Inwertsetzen sollte. Dass eine solche Auseinandersetzung auch geopolitisch in der Auseinandersetzung mit den USA nicht trivial wäre, liegt selbstredend auf der Hand.

Wir brauchen eine grundsätzliche Neuorientierung des staatlichen Handelns. Der Abbau von Bürokratie und die Digitalisierung der Verwaltung sind das eine. Der Staat muss aber zu strategischem Handeln befähigt sein. Er muss – zumal in dieser Zeit – wieder als **wirtschaftspolitischer Pionier** agieren, wo einzelwirtschaftliches Handeln aufgrund von Unsicherheiten zu gesamtwirtschaftlich suboptimalen Ergebnissen führt. Dazu müssen auch institutionelle Blockaden und das Silodenken von Ressorts und Verwaltungen aufgelöst werden. Die in der Innovationsforschung diskutierte „Missionsorientierung“⁶⁸ wird in der deutschen Politik und Politikberatung wieder nur technokratisch rezipiert. **Dabei könnten „Missionen“ ein genuin sozialdemokratischer Weg sein, denn es geht darum, wirtschaftliche Innovation, demokratisch-staatlich initiierten Pioniergeist und gesellschaftliche Ziele miteinander zu verbinden und auch eine entsprechende Begeisterung zu entfachen.** Ein „revolutionärer“ Ansatz wäre es, zumindest den investiven Teil des Bundeshaushalts nicht nach Ressortegoismen, sondern „missionsorientiert“ zu gestalten.

⁶⁶ Felix Heidenreich: Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie, Berlin 2023 sowie Klaus Dörre, Steffen Liebig, Kim Lucht, Johanna Sittel, Streit verbindet, aber nicht immer. Zur Dynamik von Transformationskonflikten, in: Berthold Vogel, Harald Wolf (Hg.), Arbeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Konzepte, Themen, Analysen, Frankfurt/New York 2014, S. 199-238

⁶⁷ Karl Marx, Friedrich Engels: MEW, Band 42, Berlin 1983, S. 602

⁶⁸ Mariana Mazzucato: Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft, Frankfurt/New York 2021

Und selbstredend muss die SPD eine Partei bleiben, die für einen funktionierenden Sozialstaat steht. Zunächst einmal ist hier eine **grundsätzliche Diskurswende** nötig. Der Sozialstaat ist keine „soziale Wohltat“ und kein „Kostenfaktor“, sondern ein demokratisch verabredetes soziales Recht in einer modernen wohlhabenden Gesellschaft. Medizinischer Fortschritt und eine steigende Lebenserwartung sind ebenso ein Fortschritt wie die Überwindung der männlichen Einverdienerfamilie. Die damit verbundenen „Sozialausgaben“ kosten Geld, das stimmt. Jedoch ist das Geld ja nicht „weg“. Renten schaffen Nachfrage. Es entstehen Jobs im Betreuungs-, Gesundheits- und Pflegesektor. Auch wenn die Demografie kein ganz kleines Problem und ein tragfähiger „Rentenkonsens“ erforderlich ist, das Kernproblem ist nicht Demografie, sondern Produktivität. Sowohl in der privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Sektor. Dies bedeutet nicht, dass alles so bleiben soll, wie es ist. **Auch die SPD hat ihren Anteil daran, dass immer neue Sozialleistungen erfunden wurden, die teils auch widersprüchlich wirken und bürokratisch sind. Eine neue Sozialstaatsreform sollte nicht immer neue Teilleistungen erfinden. Einfacher, digitaler, zielgenauer muss die Devise sein.** Das Ergebnis der „Kommission zur Sozialstaatsreform“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales geht hier in die richtige Richtung.⁶⁹ Auch hier sollte das Prinzip „Öffentliches Geld – öffentliches Interesse gelten“. Selbst wenn dies kurzfristig nicht lösbar ist, aber in der mittleren Frist sollte möglichst kein „Sozialstaats-Euro“ in unangemessener Weise dem privaten Profit dienen. Kommen die Sozialausgaben wirklich nur bei denen an, für die sie gedacht sind? Sind die Ausgaben für Wohngeld und die „Kosten der Unterkunft“ für Personen in der Grundsicherung nicht auch eine Subvention für Mietwucher? Warum sollten durch Sozialversicherungen finanzierte Pflegeeinrichtungen eigentlich gewinnorientiert sein dürfen? (Damit ist nicht der kleine Pflegedienst vor Ort gemeint). Warum sind Produkte der „Riester-Rente“ von gewinnorientierten Anbietern und es gibt kein für „Normalbürger*innen“ verständliches öffentliches Angebot für eine kapitalgedeckte Zusatzvorsorge? Ist das System der niedergelassenen Haus- und Fachärzte wirklich im Interesse der gesetzlich Versicherten oder wären kommunale medizinische Versorgungszentren (auch im Zuge der Krankenhausreform) nicht der kosteneffizientere und patient*innengerechtere Ansatz? **Warum gibt es für all dies – von Wohnraum über Pflege bis zur privaten Altersvorsorge - keine hinreichenden kommunalen oder gemeinwohlorientierten Angebote?**

Die SPD versteht sich als „Partei der Arbeit“. Aber was genau über den Mindestlohn hinaus hat sie im Angebot? Das Tarifstärkungsgesetz vielleicht noch, auch dies entspricht dem Grundsatz „Öffentliches Geld – öffentliches Interesse.“ So richtig dies ist, ein Zukunftsversprechen für die „arbeitende Mitte“ kann daraus kaum erwachsen. Dieses gilt es in ihrem ganzen Lebenszusammenhang in den Blick zu nehmen, die „cost of living“ und die qualitativ gute Absicherung von „Care-Arbeit“ (Kita, Schule, Pflege) spielen dabei eine zentrale Rolle. Und was ist das Versprechen der Sozialdemokratie in der Transformation? Sicher, es gibt viele Einzelinstrumente der Förderung. Und ja, es gibt Arbeitsmarktdrehscheiben und eine Weiterbildungs-Informationsplattform mit der etwas unglücklichen Domain mein-now.de. **Aber steht die SPD im Bewusstsein der „arbeitenden Mitte“ dafür, dass sie zumal in einer politisch gewollten „sozial-ökologischen Transformation“ dafür sorgt, dass möglichst keine Fachkraft Verluste in Sachen selbst verdientem (!) Einkommen, Berufsstolz und Respektabilität hinnehmen muss?** Aber auch die „Arbeitspolitik“ im engeren Sinne liegt ideologisch brach. Liest man aktuelle Texte zur Lage der Demokratie, dann fällt auf, dass sie in

⁶⁹ BMAS: Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform, Berlin 2026

der Regel das Verhältnis Bürger zu Staat thematisieren. Dies entspricht einer dem liberalen Zeitgeist entsprechenden De-Politisierung der Sphäre der Wirtschaft und Arbeit. Der „arbeitende Souverän“⁷⁰, also die Arbeiternehmer*in als Subjekt kommt in den aktuellen Diskursen über Demokratie oder Gesellschaft kaum vor. **Gemeinsam mit den Gewerkschaften sollte eine kreative und strategische Verständigung darüber erfolgen, auch abseits von Organisationsinteressen, wie eine Re-Politisierung der Sphäre der Arbeit und eine Re-Ermächtigung von Arbeitnehmer*innen erfolgen kann.**

Deutschland ist ein Einwanderungsland und das war es immer. Eine linke Politik muss sich gegen die unsinnige Fiktion eines ethnisch und kulturell homogenen Volks wenden. Dies vorausgeschickt. Um unseren Wohlstand zu sichern, brauchen wir Einwanderung und aus ethischer Verantwortung für die Weltgesellschaft sind wir offen für reguläre Fluchtmigration. Aber dies ist nicht voraussetzungslos zu haben, sollen sich soziale Konflikte nicht verstärken. Ein neues Paradigma muss sich auch dieser Aufgabe stellen. **Aus einer republikanischen Perspektive ist die Nation bis auf Weiteres (ob man das nun begrüßt oder nicht) der zentrale Bezugsraum der Politik und der Identitätsbildung.** Wir sprechen deutsch, „unsere“ Medien berichten über „unser“ Land und im Sport drücken wir „unseren“ Sportler*innen und Teams die Daumen. **Aus der Perspektive der allermeisten Bürger*innen ist die Nation ein „Club“.** Es muss geregelt sein, wer „reinkommt“ und die bestehenden Club-Mitglieder (zu denen selbstverständlich auch solche mit Migrationshintergrund gehören) haben das Recht, die Regeln des gelingenden Zusammenlebens zu setzen und einzufordern. Wer das von „links“ in der SPD ablehnt, sollte nicht übersehen: Dies ist auch „klassenpolitisch“ geboten, weil gerade die „unteren Schichten“ eine besondere Bindung an „heimatliche Identität“ haben und überproportional Ressourcenkonkurrenzen um Wohnraum, staatliche Unterstützung etc. ausgesetzt sind. **Wir haben im Kern kein Migrations- sondern ein Integrationsproblem.** Eine wohlmeinende Haltung gegenüber Migration darf nicht die Augen davor verschließen, dass der „Innen-Außen“-Konflikt⁷¹ nun einmal aus der Perspektive der „kleinen Leute“ da ist. **Eine bestmögliche Integrationspolitik, nicht zuletzt in Kitas und Schulen muss oberste Priorität haben. Zugleich müssen die Werte des gelingenden Zusammenlebens höher gewichtet werden als falsch verstandener „Minderheitenschutz“.** Eine Sozialdemokratie, die (wie teilweise in Berlin) zu feige ist, migrationsbedingte Konflikte wie die Forderung nach „Kalifatenstaaten“ oder die Existenz von „Clankriminalität“ beim Namen zu nennen, geschweige denn, sich diesen Phänomenen entgegenzustellen, muss sich nicht wundern, wenn sie die „hart arbeitende Mitte“ zu verliert.

Vor 50 Jahren hat die SPD als erste Volkspartei ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm beschlossen. Auch wenn sich der Blick in dieses Dokument immer noch lohnt, wäre es auch diesbezüglich an der Zeit für ein zeitgemäßes Update, auch im Rahmen eines neuen Grundsatzprogramms. **Es geht eine Re-Politisierung der kommunalen Sphäre und um eine demokratische Selbstermächtigung der Bürger*innen.** Die philosophische Schwester eines linken Republikanismus ist ein progressiver Kommunitarismus. Die „große“ Phase der Sozialdemokratie der Nachkriegszeit war nicht nur verbunden mit der neuen Ostpolitik, einem kulturellen Aufbruch und der Praxis „mehr Demokratie (zu) wagen“. Und natürlich höheren Wachstumsraten und steigendem persönlichen Wohlstand. Diese Phase war auch eine der

⁷⁰ Axel Honneth: Der arbeitende Souverän, Berlin 2023

⁷¹ Steffen Mau, Thomas Lux, Lunis Westheuser: Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023

erlebten Modernisierung im öffentlichen Alltag. Der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP lag damals bei etwa sechs Prozent, aktuell sind es etwas mehr als zwei Prozent. Und diese erhalten eher den Bestand, als wirklich zu modernisieren. Es entstanden neue Schulen, neue Infrastrukturen, Freizeiteinrichtungen und vieles mehr. **Fortschritt war auch im öffentlichen Raum erkennbar.** Anstatt sich im Bund immer neue aufgabenfremde Maßnahmen wie Schulstarterprogramme auszudenken und zugleich mehr Aufgaben auf die Kommunen abzuwälzen ist auch hier eine grundsätzliche Reform nötig. **Es wäre besser, die föderale Finanzordnung so zu organisieren, dass alle Kommunen, ihrer jeweiligen Problemlage entsprechend, über ausreichend Mittel verfügen, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren** und dafür zu sorgen, dass „fundamentalökonomische“ (also alltagswichtige) Güter und Dienstleistungen wieder stärker in kommunale oder gemeinwirtschaftliche Verantwortung gelangen.⁷² Und zwar so, dass auch Kommunalwahlen wieder ein echter Ideenwettbewerb über den Einsatz dieser Mittel sind und diese im Übrigen dann auch wieder attraktiver für Personen würden, die kommunalpolitische Verantwortung übernehmen möchten. Ein Orientierungspunkt im Sinne eines Entwicklungs- und Lernprozesses könnte hier das „Forschungskonzept Soziale Orte“ sein.⁷³ **Ein Projekt der ganzen SPD – also über alle Ebenen hinweg – könnte darin bestehen, das „Öffentliche“ vor allem im lokalen Raum wieder ins Zentrum zu rücken.** Dies sollte verbunden werden mit einem links-kommunitaristischen Ansatz, der (lokale) Gemeinschaften, demokratisches Bewusstsein und Selbstwirksamkeitserfahrungen stärkt. Wie bereits erwähnt: Auch hier ist institutionelle Kreativität nötig.

Die Sozialdemokratie muss gerade vor Ort auch wieder eine Kraft der gesellschaftlichen Selbstorganisation werden.

Soweit mein Plädoyer für einen „progressiven Republikanismus“.

Man könnte ihn auch als „liberalen Sozialismus“ bezeichnen. Doch vermutlich würde dieser Begriff unnötige Reflexe auslösen. Dann würde wieder nur über Begriffe gestritten und nicht über die Sache.

⁷² Foundational Economy Collective, Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin 2019

⁷³ Berthold Vogel, Sarah Herbst, Nina Kerker, René Lehweß-Litzmann, Maike Reinhold: Soziale Orte. Ein Forschungskonzept, SOFI Göttingen, 2024